

Wolfgang Frantz / Paul Klein /
Heinz-Ulrich Kohr / Ekkehard Lippert /
Hans-Georg Räder

SICHERHEITSPOLITISCHE ORIENTIERUNGEN
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND IN FRANKREICH

Zwei Berichte über eine
deutsch-französische Bevölkerungsumfrage

München 1990

INHALTSÜBERSICHT

Vorwort

Bernhard Fleckenstein

Zur Aktualität und zum Stellenwert der vorliegenden Berichte

Paul Klein, Heinz-Ulrich Kohr

Seite 1

Die deutsch-französische Verteidigungskooperation
im Meinungsbild
der deutschen und französischen Bevölkerung

Wolfgang Frantz / Paul Klein / Ekkehard Lippert

Seite 7

Politischer Paradigmenwechsel
und sicherheitspolitische Orientierungen
in der Bundesrepublik und in Frankreich

Heinz-Ulrich Kohr / Hans-Georg Räder

Seite 67

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autoren.

© SOWI 1990
Alle Rechte vorbehalten
Druck: SOWI München
ISSN 0342-2569

Sozialwissenschaftliches
Institut der Bundeswehr
Winzererstraße 52
8000 MÜNCHEN 40
Tel.: 089 / 120 03-1

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Band 51 der Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr ist das Resultat einer deutsch-französischen Zusammenarbeit. Berichtet und diskutiert werden die Ergebnisse zweier repräsentativer Bevölkerungsumfragen in Frankreich und der Bundesrepublik, die zeitgleich im Herbst 1989 mittels weitestgehend übereinstimmender Fragestellungen erhoben worden sind.

Kooperationspartner des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr war der Service d'Information et de Relations Publiques des Armées (SIRPA) des Französischen Verteidigungsministeriums - eine Einrichtung, die mit dem Informations- und Pressestab des BMVg vergleichbar ist. SIRPA hat seinerseits wieder mit der Fondation pour les Etudes de Défense Nationale (FEDN) zusammengearbeitet.

Es war das erste Mal, daß ein solches gemeinsames Vorhaben realisiert werden konnte. Mit dem Dank an alle Beteiligten verbinde ich deshalb zugleich die Hoffnung, daß sich die Zusammenarbeit über das Pilotprojekt hinaus fortsetzen wird.

Bedeutung und Nutzen solcher komparativer wissenschaftlicher Unternehmungen brauchen hier nicht eigens herausgestellt zu

werden: das Ergebnis spricht für sich selbst. Als Herausgeber der Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts kann ich dem an Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik interessierten Leser mit dem vorliegenden Bericht 51 eine aufregende Lektüre ankündigen.

München, im Juli 1990

Bernhard Fleckenstein
Direktor und Professor

Zur Aktualität und zum Stellenwert der vorliegenden Berichte

Paul Klein, Heinz-Ulrich Kohr

Die im folgenden vorzustellenden Berichte basieren auf den Ergebnissen einer Bevölkerungsumfrage in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich vom September 1989. Zwischenzeitlich ist wenig mehr als ein halbes Jahr vergangen, also keine Zeitspanne, die normalerweise empirisch ermittelte Meinungsdaten bereits in den Bereich der Historie verweisen würde. Angesichts der umwälzenden politischen Ereignisse in Osteuropa und insbesondere in der DDR stellt sich aber dennoch die Frage nach der Aktualität all der Ergebnisse, die noch aus einer Zeit stammen, in der die politischen Umorientierungen sich bestenfalls vage abzeichneten, keineswegs aber in ihrer späteren Realität zuverlässig prognostiziert werden konnten.

Bezieht man sich auf die deutsch-französische Zusammenarbeit allgemein und die Verteidigungskooperation zwischen beiden Staaten im besonderen und nimmt man die veröffentlichte Meinung der Tagespresse als Maßstab, so läßt sich in der Tat feststellen, daß diesbezügliche Fragen seit spätestens November 1989 aus den Schlagzeilen der Zeitungen sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik verschwunden sind. Die Öffnung der Mauer, die Perspektiven einer deutschen Wiedervereinigung, das Problem der Übersiedler,

die Frage nach der Blockzugehörigkeit eines künftigen Deutschlands, um nur einige Beispiele zu nennen, dominierten die Berichterstattung und die Kommentare in den Medien, nicht nur diesseits, sondern auch jenseits des Rheines. Der Tenor der Veröffentlichungen war unterschiedlich. Verständlicherweise herrschten in der Bundesrepublik zumindest zunächst die Freude über die Ereignisse und eine fast euphorische Grundstimmung vor. In Frankreich dagegen machten sich sehr bald Befürchtungen und Ressentiments gegenüber einem großen und mächtigen Deutschland bemerkbar. In beiden Ländern ließ sich aber gleichermaßen konstatieren, daß die Berichterstattung über die binationale politische, wirtschaftliche und militärische Kooperation gegenüber dem Thema "Wiedervereinigung" in den Hintergrund getreten war.

Entsprach nun aber diese inhaltlich veränderte Medienlandschaft auch einer veränderten Grundstimmung in der Bevölkerung? Hatte man auch dort seine Meinung geändert, und ist aus der optimistischen Grundstimmung hinsichtlich der binationalen deutsch-französischen Kooperation, die die Meinungsbefragungen vom September 1989 noch ergaben, zwischenzeitlich ein neues Denken in eher nationalen Kategorien erwachsen?

Die Frage zu beantworten ist nicht einfach, weil neuere empirische Daten zur deutsch-französischen Kooperation bisher nicht publiziert wurden. Dafür, daß die Resultate vom September 1989 auch

heute noch Gültigkeit besitzen, gibt es allerdings Indizien, die über die sozialwissenschaftlich fundierte These von der Änderungsresistenz von Einstellungen¹⁾ hinausreichen.

Im März 1990 brachte die französische Wochenzeitung L'express eine Sondernummer heraus,²⁾ die unter dem Titel "Les français doivent-ils avoir peur de l'Allemagne?" im wesentlichen der deutschen Wiedervereinigung gewidmet war. In der Ausgabe wurden auch Befragungsergebnisse vom Februar 1990 vorgestellt, von denen einige sich zu den Resultaten vom September 1989 in Beziehung setzen lassen. So waren im Herbst des vorigen Jahres drei Viertel der Franzosen der Meinung, die Wiedervereinigung Deutschlands sei ein legitimes Recht aller Deutschen. Von dieser Ansicht haben sich bis Februar 1990 offensichtlich nur wenige distanziert, hatten doch 62 % der Franzosen keine Angst vor dieser Wiedervereinigung. Auch die Meinung hinsichtlich der Integration der Bundesrepublik bzw. eines wiedervereinigten Deutschlands in den europäischen Einigungsprozeß oder in die Nordatlantische Gemeinschaft hat sich wenig geändert. Sowohl im September 1989 als auch im Februar 1990 sahen die Franzosen mit Mehrheit in Deutschland kein Hindernis für die Einigung Europas, sprachen sich Mehrheiten für ein Verbleiben Deutschlands in der NATO aus.

Entsprechende Meinungsbefragungsdaten neuerer Art aus der Bundesrepublik zur Zusammenarbeit mit Frankreich und zur Einschätzung

der Franzosen fehlen. Daß die Kooperation mit Frankreich gerade in Verteidigungsfragen aber zumindest bei Politikern noch eine große Rolle spielt und ihre Position somit dem Meinungsbild in der Bevölkerung vom September 1989 immer noch sehr nahe kommt, belegt eine Meldung der Deutschen Presse Agentur vom März 1990.³⁾ Hier- nach soll der CDU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger Frankreich aufgerufen haben, seine Nuklearstrategie zu europäisieren und in einem militärisch vereinten Europa die Führungsrolle zu übernehmen. Die Westeuropäische Union müsse wiederbelebt werden und ein eigenes Militärkomitee sowie eine eigene Militärpolitik erhalten.

Gesetzt nun der Fall, daß sich die Grundeinstellungen der Franzosen und Deutschen zur Zusammenarbeit beider Staaten bis heute nicht wesentlich geändert haben, so läßt sich auf Grund der Ergebnisse, die in den beiden vorliegenden Berichten dargestellt werden, feststellen, daß der Wille zur Kooperation sowohl jenseits als auch diesseits des Rheins vorhanden ist. Wohl noch nie in der Geschichte waren beide Völker sich so nahe, war das Verständnis für den jeweilig anderen Partner so groß. Diese Stimmungslage kann zweifelsohne auch für weitere gemeinsame militärische Vorhaben und für eine größere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik genutzt werden. Grundsätzliche Einsprüche von Seiten der Bevölkerung sind für solche Kooperationen kaum zu erwarten. Allerdings - und auch das belegen die Ergebnisse - kann es nicht angehen, das französische Verteidigungsdenken einfach in Deutschland

übernehmen zu wollen oder gar die deutschen Vorstellungen in Frankreich als die einzig richtigen zu propagieren. Ein solches Vorgehen würde mit Sicherheit scheitern, da trotz des Willens zu gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen die Ansichten über das "Wie" doch fundamental auseinander gehen.

Wie Frantz, Klein und Lippert im ersten Beitrag belegen, gibt es kaum einen Themenkomplex, der Deutsche und Franzosen so voneinander trennt wie die Frage nach der Verteidigung des eigenen Landes mit nuklearen Waffen und deren Gebrauch zur Abschreckung. Hier stehen sich verschiedene kognitive Welten und Interpretationen gegenüber, die, so Kohr und Räder in ihren Ausführungen, mit unterschiedlichen soziopolitischen Grundorientierungen (politischen Paradigmen) verbunden sind. Das neu entstandene, in der Bundesrepublik stärker als in Frankreich verbreitete Paradigma, in dessen Zentrum soziale und ökologische Orientierungen stehen, ist typischerweise gekennzeichnet durch die Ablehnung ziviler und insbesondere militärischer Nutzung von Nuklearenergie: entsprechend negativ wird die Strategie der nuklearen Abschreckung eingeschätzt. Was die Überlegungen in Richtung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung betrifft, verweisen diese Ergebnisse darauf, daß zur Frage der Nuklearstrategie erheblicher Diskussionsbedarf besteht. Sollte sich der von Kohr und Räder beschriebene Paradigmenwechsel fortsetzen (was nach Auffassung der Autoren eine notwendige Folge der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik ist), so

ist damit zu rechnen, daß künftig auch in Frankreich die Nuklearstrategie zunehmend problematisiert wird. Die Empfehlung für künftiges politisches Handeln im Sinne der Kooperation kann daher nur lauten, zu bedenken, daß die Formierung eines gemeinsamen Ansatzes in Fragen der nuklearen Verteidigung ohne vorherige Diskussion der unterschiedlichen Auffassungen in der Bevölkerung nur schädlich und letztlich kontraproduktiv sein würde. Gemeinsamkeiten auch auf diesem Feld können erst nach einem Diskurs bestimmt werden. Je näher beide Gesellschaften aneinander rücken und je offener über die unterschiedlichen Perspektiven gesprochen wird, desto eher werden auch die Unterschiede verschwinden können, die jetzt noch auf dem Gebiet der Verteidigung bestehen.

Anmerkungen

- 1) In seinem Handbuchartikel zum Stichwort "Einstellung" spricht W. Meinefeld z.B. von "einer beständigen Orientierung und Handlungsbereitschaft eines Individuums auf ein soziales Objekt" (in: R. Asanger, G. Wenniger (Hrsg.): Handwörterbuch der Psychologie. Weinheim 1988, S. 120).
- 2) L'express. Numéro spécial. No 2018, 9 - 15 Mars 1990.
- 3) Süddeutsche Zeitung, Nr. 64, 16./17.03.1989, S. 2.

Wolfgang Frantz / Paul Klein / Ekkehard Lippert

DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE VERTEIDIGUNGSKOOPERATION
IM MEINUNGSBILD
DER DEUTSCHEN UND FRANZÖSISCHEN BEVÖLKERUNG

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Die deutsch-französische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen	11
2. Durchführung der Befragung und Befragungs- instrumentarien	13
3. Ergebnisse	14
3.1. Allgemeine politische Orientierungen in der deutschen und französischen Bevölkerung	14
3.2. Meinungen zu Europa und zur deutsch-französi- schen Verständigung	16
3.3. Einstellungen zur Verteidigung und zu sicherheitspolitischen Fragen	20
3.3.1. Bedrohungswahrnehmungen	20
3.3.2. Die Bereitschaft, das eigene Land zu verteidigen	23
3.3.3. Die Bereitschaft, weltweit militärisch einzugreifen	25
3.4. Die deutsch-französische militärische Kooperation ...	26
3.5. Einstellungen zu einer europäischen Verteidigung	29
3.6. Die Deutsch-Französische Brigade im Meinungsbild beider Völker	34

4. Zusammenfassende Schlußfolgerungen	36
5. Anmerkungen	38
6. Tabellen und Graphiken	39

1. Die deutsch-französische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen¹⁾

Blickt man auf die deutsch-französische militärische Kooperation zurück, so läßt sich feststellen, daß nach dem Elysée-Vertrag von 1963 bis zum Jahre 1982 die Zusammenarbeit vor allem in Generalstabsgesprächen der Teilstreitkräfte, bei Treffen der Generalstabschefs, aber auch in begrenzten Soldatenaustauschprogrammen auf unterer Ebene praktiziert wurde. Daneben haben Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland mehrere bilaterale Rüstungsvorhaben realisiert.

Seit 1982 existiert ein deutsch-französischer Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung. Seine Aufgabe ist es u.a., halbjährliche Gespräche der Außen- und Verteidigungsminister beider Staaten im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Gipfeltreffen der Regierungschefs vorzubereiten. Der Ausschuß verfügt daneben über drei ständige Arbeitsgruppen, die sich mit politisch-strategischen Fragen, der binationalen militärischen Zusammenarbeit und der Rüstungsoperation beschäftigen. Auf den genannten Gebieten wurde eine Vielzahl von Problemen untersucht und einer Lösung zugeführt. Die in den Arbeitsgruppen erarbeiteten Ergebnisse gelangten allerdings, da wenig spektakulär, kaum an die Öffentlichkeit.

Dies änderte sich mit dem Jahre 1987. Erstmals fand mit dem Manöver "Kecker Spatz" eine gemeinsame deutsch-französische militärische Großübung auf süddeutschem Boden statt. Dabei waren nicht nur Teile der Schnellen Französischen Eingreiftruppe (FAR) im Einsatz, bemerkenswert war vor allem, daß der von Frankreich proklamierte "gemeinsame Sicherheitsraum" bei dieser Übung seine erste Konkretisierung fand. Ebenfalls 1987 einigten sich Deutschland und Frankreich, einen gemeinsamen Truppenverband, die Deutsch-Französische Brigade, zu begründen. Sowohl das Großmanöver als auch besonders die Idee einer gemeinsamen Brigade erregten in der Medienlandschaft viel Aufsehen und wurden gründlich und z.T. kontrovers kommentiert.

Zwischenzeitlich hat die Übung "Kecker Spatz" mit dem Manöver "Champagne 89" bereits einen Nachfolger gefunden. Die Deutsch-Französische Brigade wurde offiziell aufgestellt und verfügt nunmehr über zwei Drittel ihres vorgesehenen Personalbestandes. Berichterstattungen in den Medien über die deutsch-französische Verteidigungskooperation sind seltener geworden. Offensichtlich hat sie, da wenig spektakulär, an Interesse in der Öffentlichkeit verloren.

Zu fragen bleibt aber, ob diese geringe Aufmerksamkeit lediglich der Ausdruck des Desinteresses der ständig nach Sensationen suchenden Medien ist oder aber auch eine Widerspiegelung der

öffentlichen Meinung beider Länder darstellt. Um diese zu überprüfen, wurden vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) in der Bundesrepublik Deutschland und vom Service d'Information et de Relations Publiques des Armées (SIRPA) in Zusammenarbeit mit der Fondation pour les Etudes de Défense Nationale (FEDN) in Frankreich repräsentative Bevölkerungsumfragen in Auftrag gegeben bzw. durchgeführt.

2. Durchführung der Befragung und Befragungsinstrumentarium

Die Befragungen wurden zeitgleich im September 1989 in Frankreich und der Bundesrepublik angesetzt. Beide Stichproben waren repräsentativ für die jeweilige über 16 bzw. 18 Jahre alte Bevölkerung.²⁾ An der Befragung in Frankreich nahmen 1000, an der in der Bundesrepublik 2037 Personen teil.

Als Erhebungsinstrumentarium diente ein standardisierter Fragebogen, der in seiner deutschen und französischen Fassung inhaltlich so weit wie möglich parallel gehalten war. Er enthielt neben allgemeinen Fragen zur politischen Orientierung insbesondere Fragen zur Sicherheitspolitik und zur deutsch-französischen Verteidigungskooperation.

Die Befragungen wurden in Form von Einzelinterviews durch beauftragte Mitarbeiter der mit der Durchführung betrauten Meinungsforschungsinstitute durchgeführt.³⁾

3. Ergebnisse

3.1. Allgemeine politische Orientierungen in der deutschen und französischen Bevölkerung

Nach dem Konzept von R. Inglehart⁴⁾ soll nach dem Zweiten Weltkrieg in den Staaten der westlichen Hemisphäre - bedingt durch eine Zeit des Wohlstandes und der wirtschaftlichen Blüte - die Bevorzugung "materialistischer" Werte wie z.B. Ordnung und finanzielles Wohlergehen teilweise durch die Hervorhebung "postmaterialistischer" Werte wie z.B. soziale Teilhabe, Meinungsfreiheit und Lebensqualität abgelöst worden sein. Dies habe dazu geführt, daß in der Bevölkerung der verschiedenen Länder postmaterialistische mit materialistischen Orientierungen konkurrieren.

Auf der Basis der Überlegungen Ingleharts wurden den Befragten in Frankreich und der Bundesrepublik einige Fragen vorgelegt, mit denen die diesbezüglichen Orientierungen erfaßt werden sollten. Es konnte festgestellt werden, daß die französische Bevölkerung materialistische Ziele im stärkeren Maße präferiert als die deutsche.

So sind die Franzosen weitaus stärker der Meinung, die Politik müsse vor allem der Verbesserung des Lebensstandards dienen, sie müsse die wirtschaftliche Entwicklung stärken und für eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne sorgen. Deutsche dagegen plädieren deutlicher als die Bewohner ihres Nachbarlandes für mehr Mitmenschlichkeit in der Politik und mehr Bereitschaft, Verantwortung für die kommenden Generationen zu übernehmen. Entgegen der allgemeinen Tendenz sprechen sich allerdings die Franzosen deutlicher als die Deutschen gegen eine weitere Zerstörung der Natur und gegen eine durch Naturausbeutung bedingte Steigerung der Lebensqualität aus (Tabelle 1).

Gebeten, vier vorgegebene Ziele politischen Handelns nach ihrer Realisierbarkeit in eine Rangfolge zu bringen, nannten sowohl Franzosen als auch Deutsche in erster Linie das gesellschaftspolitisch konventionelle Ziel der Aufrechterhaltung der Ordnung im eigenen Lande. An zweiter Stelle folgte, wiederum in beiden Bevölkerungen, das prinzipiell-demokratische Ziel "Schutz der freien Meinungsäußerung". Danach gingen die Vorstellungen auseinander. Während der "Kampf gegen steigende Preise" für Franzosen ähnlich wichtig war wie die freie Meinungsäußerung und vor "Verstärkten Mitspracherechten der Menschen bei wichtigen Regierungsentscheidungen" rangierte, war es bei den Deutschen genau umgekehrt.⁵⁾

3.2. Meinungen zu Europa und zur deutsch-französischen Verständigung

Der Zusammenschluß Westeuropas ist sowohl für Franzosen als auch für Deutsche das wichtigste außenpolitische Ziel, das es anzustreben gilt. Ihm folgt, ebenfalls gleichrangig in beiden Ländern, die Annäherung an Osteuropa. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjetunion haben demgegenüber eine eher untergeordnete Bedeutung (Tabelle 2).

Als Motor für den Zusammenschluß Westeuropas sieht die Bevölkerung in Frankreich und in Deutschland zunächst einmal jeweils die eigene Nation. An zweiter Stelle kommt, in nicht allzugroßem Abstand, dann aber bereits der Nachbar diesseits bzw. jenseits des Rheins. Alle anderen Länder der Europäischen Gemeinschaft wurden kaum als Impulsgeber für eine Integration genannt. Nach Meinung der Franzosen und Deutschen wird die Einigung Europas also im wesentlichen von ihren beiden Nationen betrieben (Tabelle 3). Bemerkenswert hierbei ist, daß die Konzentration der Nennungen auf beide Länder in der Bundesrepublik noch weitaus höher ist als in Frankreich.

Daß ein vereintes Europa nach Meinung der Befragten beider Länder vornehmlich durch Frankreich und Deutschland gestaltet werden sollte, wird auch aus anderen Antworten deutlich. So waren 74 % der Franzosen und gleichfalls 74 % der Deutschen mit der Aussage

"Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sollen auch dann ihre Anstrengungen für ein geeintes Europa fortsetzen, wenn die anderen europäischen Nationen nicht bereit sind, sich unmittelbar anzuschließen" einverstanden. Auch äußerten sich rund drei Viertel der Franzosen (77 %) und der Deutschen (72 %) zustimmend dahingehend, daß die beiden Länder eine engere politische Vereinigung anstreben sollten. Gemeinsamkeiten müsse es ebenfalls in der Politik gegenüber dem Osten geben. Dies bejahten 78 % der Befragten in Frankreich und 74 % in der Bundesrepublik.

Von Gemeinsamkeiten auf wirtschaftlichem Sektor kann nach Einschätzung der Befragten allerdings noch kaum die Rede sein. Denn lediglich ein Viertel (27 %) der Franzosen und ein Drittel (35 %) der Deutschen waren der Meinung, die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik lägen heute näher bei denen Frankreichs als bei denen der Vereinigten Staaten.

Die vergleichsweise geringe Übereinstimmung in ihren jeweiligen wirtschaftlichen Interessen hindert beide Bevölkerungen aber nicht, im jeweiligen Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins den besten Freund des eigenen Landes zu sehen. Bei den Franzosen rangierten dabei die Deutschen deutlich vor den Amerikanern. In der Bevölkerung der Bundesrepublik dagegen entschieden sich jeweils gleichviele Bürger für die Franzosen und für die Amerikaner (je 37 %).

Während in der französischen Bevölkerungsstichprobe auch andere Nationen wie Belgien und Großbritannien als "bester Freund" genannt werden, konzentriert sich die Präferenz der Deutschen fast ausschließlich auf die USA und Frankreich (Tabelle 4).

Die Einschätzung eines Landes als bester Freund ist in Frankreich abhängig vom Lebensalter und dem Geschlecht des Befragten sowie der Herkunftsregion. So nennen ältere Befragte häufiger Belgien und weniger oft die Vereinigten Staaten und Großbritannien im Vergleich zu jüngeren Bürgern. Französinnen sehen die Deutschen in Relation zu ihren männlichen Mitbürgern weniger oft als besten Freund ihres Landes. Schließlich wird Belgien in den nördlichen Regionen Frankreichs häufiger aufgeführt als im Landesdurchschnitt. Ähnlich ist es mit Großbritannien im Westen und mit Italien im Südosten.

In der Bundesrepublik präferierten besonders Frauen die USA als besten Freund der Deutschen, Männer dagegen setzten Frankreich an die erste Stelle. In bezug auf das Alter läßt sich feststellen, daß lediglich bei den Befragten bis zum 24. Lebensjahr die USA den ersten Rang innehaben, bei allen anderen Altersgruppen dominiert Frankreich. Sowohl im norddeutschen Raum als auch besonders in den grenznahen Bundesländern Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wird Frankreich vor den USA an die erste Stelle der Rangliste gesetzt. Lediglich im Freistaat Bayern ist es umgekehrt.

Mit wachsendem formalen Bildungsstand nimmt in der Bundesrepublik die Frankophilie zu.

Großes Verständnis hat die französische Bevölkerung für den Wunsch der Deutschen nach einer Wiedervereinigung ihres Landes. So sind fast 80 % der Befragten in Frankreich mit der Aussage "Es ist das legitime Recht der Deutschen, sich wiederzuvereinigen" einverstanden. Diese Zustimmungsrates muß als außerordentlich hoch angesehen werden, liegt sie doch wesentlich über der Zahl der entsprechend befürwortenden Antworten in der Bundesrepublik selbst (Tabelle 5).

Zwischen den einzelnen Altersgruppen in Frankreich gibt es bei der Bejahung einer deutschen Wiedervereinigung nur relativ geringe Unterschiede. Ganz anders sieht dies in der Bundesrepublik aus. Dort sind die Befragten bis zum 24. Lebensjahr mit einer Wiedervereinigung als dem legitimen Recht der Deutschen nur zu 61 % einverstanden. In der Altersgruppe der 40 - 50jährigen beträgt der entsprechende Prozentsatz dagegen 69 %, bei den noch älteren (55 - 69 Jahre) 77 %.

Auch eine Abhängigkeit vom formalen Bildungsstand läßt sich feststellen. Abiturienten sehen zu 23 % in der Wiedervereinigung ein legitimes Recht der Deutschen. Bei Volks-/Hauptschülern beträgt die entsprechende Zahl nur 11 %.

3.3. Einstellungen zur Verteidigung und zu sicherheitspolitischen Fragen

3.3.1. Bedrohungswahrnehmungen

Während Bevölkerungsumfragen in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre immer wieder feststellen konnten, daß eine Mehrheit der Bevölkerung sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik sich von der UdSSR bzw. dem Warschauer Pakt bedroht fühlte, läßt sich etwa seit dem Jahre 1984 ein Wandel in dieser Einstellung konstatieren.⁶⁾ Er schlägt sich auch in den Ergebnissen der vorliegenden Befragungen nieder. Fühlte man sich in der Bundesrepublik und in Frankreich 1989 überhaupt noch bedroht und lokalisierte diese Bedrohung bei einer anderen Nation, so wurden eher die Zentren des internationalen Terrorismus bzw. des militanten Islams genannt als etwa die Sowjetunion oder andere Länder des Ostens.

Die größte Bedrohung des Weltfriedens sehen die Befragten in Frankreich vom Iran ausgehen. An zweite Stelle setzen die Franzosen mit weitem Abstand Libyen. Erst an dritter Stelle rangiert die Sowjetunion, und an vierter folgt mit Syrien erneut ein islamischer Staat.

Die Rangfolge in der Bundesrepublik sieht ähnlich aus. Auch dort werden der Iran und Libyen an die ersten Stellen gesetzt. Allerdings sehen die Deutschen in der Sowjetunion einen ähnlich bedrohlichen Störer des Weltfriedens wie in Libyen. An vierter Stelle folgen wiederum gleichrangig die USA und Israel (Tabelle 6).

Während sich die französische Meinung sehr deutlich auf arabisch-islamische Staaten konzentriert (67 % aller Nennungen), verteilt sich das Bedrohungsspektrum in der Bundesrepublik breiter auf eine Vielzahl von Staaten, zu denen neben der UdSSR auch andere Ostblockländer zählen.

Die potentielle oder tatsächliche Bedrohung des eigenen Landes wird ähnlich wie die des Weltfriedens gesehen. Zumindest setzen Franzosen und Deutsche den Iran an die erste Stelle der bedrohten Länder. Auf Rangplatz zwei sehen die Befragten in Frankreich Libyen vor der UdSSR, bei den Deutschen ist es umgekehrt. Bemerkenswert erscheint, daß sowohl in Frankreich als auch insbesondere in der Bundesrepublik die Zahl derjenigen, die zu dieser Frage keine Antwort geben wollten oder konnten, sehr hoch ist (Tabelle 7). Dies läßt sich möglicherweise auch dahingehend interpretieren, daß Bedrohungen nicht mehr nur an bestimmte Länder, sondern z.B. an Waffensysteme, ökologische Katastrophen, die Großtechnik etc. gebunden werden.

Im Vordergrund einer Bedrohung durch Waffensysteme stehen in Frankreich und in der Bundesrepublik die Atomwaffen. Zusammengekommen übertreffen in beiden Ländern die chemischen und biologischen Waffen aber bereits die nuklearen Einsatzmittel an Beunruhigungspotential. "Intelligente" konventionelle Waffen dagegen werden nur relativ selten an die erste Stelle der Bedrohung für die Zukunft gesetzt (Tabelle 8).

Was die Art eines möglichen zukünftigen Kriegsbildes anbelangt, so fürchtet man in Frankreich und in der Bundesrepublik in erster Linie eine Aggression mit atomaren Waffen. An zweiter Stelle folgt in Frankreich die Angst vor einem terroristischen Angriff. Selbst eine wirtschaftliche Aggression wird noch mehr gefürchtet als ein Angriff mit konventionellen militärischen Mitteln. Zwar setzen auch die Deutschen eine Bedrohung durch Terroristen an die zweite Stelle. Die Anzahl derjenigen, die sich durch solche Attacken am meisten bedroht fühlen, ist aber weitaus geringer als in Frankreich. Demgegenüber ist die Furcht vor einem konventionellen militärischen Überfall in der Bundesrepublik höher als in Frankreich, kaum jemand fühlt sich in Deutschland vorwiegend mit wirtschaftlichen Mitteln bedroht (Tabelle 9).

Sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik zeigt sich die Furcht vor einem atomaren Angriff besonders hoch bei den Frauen

und bei den jüngeren Befragten. Männer und ältere Personen befürchten dagegen relativ am meisten eine terroristische Aggression.

3.3.2. Die Bereitschaft, das eigene Land zu verteidigen

Die Bereitschaft der französischen Bevölkerung, sich gegen einen Angriff auf das eigene Land zur Wehr zu setzen, ist hoch. So sprechen sich 85 % dafür aus, das Land zu verteidigen, wenn es angegriffen würde. 81 % bejahen auch dann noch eine Verteidigung, wenn der Krieg auf eigenem Territorium stattfinden würde. Selbst das Risiko des Einsatzes von Atomwaffen im eigenen Land sind 60 % bereit einzugehen. Nur 50 % verwenden sich allerdings für eine Verteidigung unter Anwendung von Atomwaffen auf dem Gebiet des Angreifers.

Die Bereitschaft der deutschen Befragten, ihr Land gegen einen Angriff zu verteidigen, ist weitaus geringer. Lediglich etwas mehr als die Hälfte billigt generell eine Verteidigung. Unter der Bedingung, daß das eigene Land den Kriegsschauplatz bilden würde, sind nur noch 40 % für Widerstand. Werden Atomwaffen ins Spiel gebracht, so will sich nicht einmal jeder fünfte noch zur Wehr setzen (Tabelle 10).

Generell befürworten in Frankreich Frauen weniger als Männer die Verteidigung ihres Landes. Besonders skeptisch zeigt sich die Altersgruppe der 18 - 24jährigen.

Ein ähnlicher Trend in bezug auf Frauen und die jüngere Generation kann auch in der Bundesrepublik festgestellt werden. Er ist besonders deutlich bei einer Verteidigung mit Atomwaffen. So bekennen sich lediglich noch 10 % der Frauen und 7 % der 16 - 24jährigen dazu, man solle sich zur Wehr setzen, auch wenn der Einsatz von nuklearen Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik in Kauf genommen werden müßte.

Eine deutliche Abhängigkeit der Verteidigungsbereitschaft vom formalen Bildungsstand läßt sich ebenfalls konstatieren: je höher der Schulabschluß, um so weniger ist man in der Bundesrepublik zu einer Verteidigung bereit.

Auf ähnlich niedrigem Niveau wie die Zustimmung zu einer Verteidigung mit Atomwaffen bewegt sich in der Bundesrepublik das entsprechende Einverständnis mit Nuklearwaffen als Mittel der Abschreckung. Nur ein Viertel (25 %) der Befragten spricht sich dafür, 43 % aber dagegen aus. Der Rest hatte dazu keine Meinung. Für den Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen sind sogar nur 15 % der Bürger, 50 % dagegen.

Das dazu korrespondierende Meinungsbild in Frankreich stellt sich anders dar. Die Hälfte der Bevölkerung (56 %) ist dort für eine Abschreckung mit Atomwaffen, dagegen lediglich ein Drittel (32 %). Für eine Einplanung und Verwendung nuklearer Gefechtsfeldwaffen sprechen sich 36 % aus, dagegen allerdings, ähnlich wie in der Bundesrepublik, knapp die Hälfte (48 %).

Insgesamt läßt sich feststellen, daß der Gedanke an eine Verteidigung, gleich welcher Art bzw. mit welchen Mitteln, in Frankreich weitaus positiver aufgenommen wird als in der Bundesrepublik.

Darüber hinaus ist die Ablehnung von Atomwaffen in Frankreich weniger deutlich, weniger intensiv als bei seinem deutschen Nachbarn.

3.3.3. Die Bereitschaft, weltweit militärisch einzugreifen

Angesichts der gerade in der Bundesrepublik in jüngster Zeit sich vermehrenden Diskussion über einen Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen der UNO-Friedenstruppen wurde beiden Stichproben die Frage vorgelegt, ob sie es billigten, wenn Soldaten des eigenen Landes zur Verteidigung europäischer Interessen oder zur Aufrechterhaltung des Friedens außerhalb des eigenen nationalen Territoriums eingesetzt würden.

Für einen solchen Einsatz votiert in der Bundesrepublik eine größere Anzahl von Bürgern lediglich in bezug auf den Mittelmeerraum im engeren Sinne. Mit 55 % zu 45 % sind aber auch hierbei die Gegner eines solchen Einsatzes in der Mehrheit. Lediglich jeder vierte Befragte würde einen Einsatz deutscher Soldaten im Nahen Osten billigen, nur jeder fünfte einen solchen in Afrika oder in den übrigen Teilen der Welt.

In der französischen öffentlichen Meinung ist ein weltweiter Einsatz eigener Truppen weitaus populärer. 68 % haben nichts gegen eine solche Verwendung im Mittelmeerraum. Jeweils die Hälfte der Befragten verwendet sich dafür, französische Soldaten wenn nötig in den Nahen Osten und nach Afrika zu schicken. Auch in bezug auf eine Entsendung in andere Teile der Welt gibt es noch 45 % Befürworter.

3.4. Die deutsch-französische militärische Kooperation

Will die militärische Zusammenarbeit zwischen zwei Staaten sinnvoll sein, so müßte aus ihr das Gefühl resultieren, daß der eine den anderen im Verteidigungsfall auch unterstützt. Ausweislich der Ergebnisse dieser Enquete scheint dies in Frankreich und in der Bundesrepublik bereits der Fall zu sein.

So sind immerhin 82 % der Franzosen und 66 % der Deutschen der Meinung, Frankreich würde der Bundesrepublik bei ihrer Verteidigung zu Hilfe kommen, wenn ihre Sicherheit bedroht wäre. Lediglich 11 % der Deutschen und 12 % der Franzosen sind gegenteiliger Ansicht (Tabelle 11).

Auch in bezug auf den umgekehrten Fall, daß nämlich die Bundesrepublik Frankreich zu Hilfe kommen sollte, gibt es ein analoges Meinungsbild. Dafür sind 83 % der Franzosen und 64 % der Deutschen, dagegen lediglich 12 % in Frankreich und 13 % in der Bundesrepublik.

Während die Franzosen bei beiden Fragen sich ihrer Antwort ziemlich sicher sind und entweder mit "ja" oder "nein" antworten, ist dies bei den Bundesbürgern nicht der Fall. Jeweils 23 % der Deutschen wollen oder können sich bei den beiden Fragen nicht festlegen. Bei den Franzosen beträgt ihre Zahl nur 5 %.

Die relativ durchgehende Überzeugung in beiden Ländern, Frankreich würde der Bundesrepublik zu Hilfe kommen und umgekehrt, erscheint etwas erstaunlich, sind doch vier von zehn Bürgern in beiden Staaten der Meinung, die Bundesrepublik stände in Verteidigungsfragen näher bei den USA als bei Frankreich. Dagegen wenden sich 35 % (Frankreich) bzw. 28 % (Bundesrepublik). Möglicherweise läßt sich der Widerspruch dadurch erklären, daß bei der Ansicht über die

gegenseitige Hilfe nicht nur politische Überlegungen, sondern vor allem Gefühle der Freund- und Nachbarschaft zwischen Deutschland und Frankreich eine Rolle spielen.

Um sich gegenseitig zu helfen, sind Franzosen und Deutsche sogar zu großen Teilen der Meinung, Frankreich solle die Bundesrepublik in seinen nuklearen Schutz mitaufnehmen. Hierfür spricht sich in Frankreich eine Mehrheit von 57 % aus. In der Bundesrepublik ist die Zahl der Befürworter mit 44 % zwar geringer, trotzdem übertrifft sie bei weitem den Prozentsatz der Befragten, der einen nuklearen Schutz Frankreichs ablehnt (28 %) (Tabelle 12).

Die Aufnahme der Bundesrepublik in Frankreichs Nukleargarantie wollen in beiden Ländern Männer signifikant häufiger als Frauen. Ebenfalls gleichlautend läßt sich in beiden Befragungen feststellen, daß mit zunehmendem Alter die Zustimmung zur Aufnahme in den atomaren Schutz ansteigt. Hinsichtlich der Schulbildung ist allerdings eine gegenläufige Tendenz zu konstatieren. Während in Frankreich die Zustimmung mit der Höhe des formalen Bildungsstandes zunimmt, ist es in der Bundesrepublik genau umgekehrt. Unter den deutschen Befragten mit Hauptschulabschluß wenden sich nur 23 % gegen eine französische Nukleargarantie. Ihre Zahl beträgt dagegen bei Abiturienten 45 % und übertrifft dort den Prozentsatz der zustimmenden Antworten (38 %).

Wie im folgenden Kapitel gezeigt werden kann, sehen Franzosen wie Deutsche die militärische Kooperation ihrer beiden Länder allerdings nicht isoliert von den Einigungsbestrebungen in Europa, sondern durchaus als Teil einer europäischen militärischen Zusammenarbeit.

3.5. Einstellungen zu einer europäischen Verteidigung

Sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik Deutschland sprechen sich mehr Befragte für als gegen die Schaffung einer europäischen Armee aus, bestehend aus den Streitkräften der Länder Westeuropas. Besonders hoch ist die Zustimmung bei den Franzosen, die zu 70 % dafür und nur zu 21 % dagegen sind. In der Bundesrepublik kann oder will der hohe Prozentsatz von 34 % die Frage nach einer Europaarmee nicht beantworten. Eine Polarisierung dafür oder dagegen hat nicht (oder noch nicht) stattgefunden. Insofern fällt die Zustimmung mit 46 % bedeutend niedriger aus. Gegen die Schaffung einer europäischen Armee sind in Deutschland mit 20 % allerdings sogar noch weniger Befragte als im Nachbarland (Tabelle 13).

Berücksichtigt man in beiden Befragungen nur diejenigen, die zur Frage auch tatsächlich Stellung nehmen, so kann festgehalten werden, daß 77 % der Franzosen und 68 % der Deutschen, die sich zu

einer Meinungsäußerung in der Lage sehen, für die Schaffung einer europäischen Armee votieren.

In bezug auf die Geschlechter treten für eine europäische Armee in Frankreich Männer stärker ein als Frauen. In Relation auf die Altersgruppen ist die Befürwortung bei den 40 - 50jährigen am höchsten, bei den unter 24jährigen am niedrigsten.

In der Bundesrepublik ist die Zustimmung zu einer Europa-Armee zwischen Männern (47 %) und Frauen (46 %) annähernd gleich verteilt. Mit wachsendem Lebensalter kann dagegen eine leichte Zunahme der positiven Antworten registriert werden (16 - 24 Jahre = 43 %; über 55 Jahre = 47 %). Ähnliches gilt für den Bildungsstand: während Befragte mit Volks-/Hauptschulabschluß nur zu 45 % für eine europäische Armee eintreten, plädieren Abiturienten bzw. Befragte mit Hochschulabschluß zu 53 % dafür. Besonders stark verbreitet ist der Gedanke an eine europäische Armee in den an Frankreich grenzenden Bundesländern Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg. Dort ist die Hälfte der Befragten dafür. In Norddeutschland reduziert sich die entsprechende Zahl auf 45 %, in Bayern sogar auf 42 %.

Die vergleichsweise hohe Befürwortung bedeutet in beiden Staaten nun aber nicht, daß damit einer Loslösung von der NATO das Wort

geredet werden soll. Sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik ist die Mehrheit der Befragten vielmehr der Ansicht, eine europäische Armee müsse sich als europäischer Pfeiler innerhalb der NATO entwickeln. Für eine Europa-Armee außerhalb der Nordatlantischen Vertragsorganisation sprechen sich lediglich 18 % der Franzosen und 21 % der Deutschen aus (Tabelle 14).

Dafür, daß eine europäische Armee einen Pfeiler innerhalb der NATO bilden soll, plädieren in Frankreich Männer stärker als Frauen, ältere Befragte in höherem Maße als jüngere und Inhaber akademischer Grade öfter als Landwirte oder Arbeiter.

In der Bundesrepublik sind Männer ebenfalls stärker als Frauen für die Integration einer europäischen Armee in die NATO. Eine Altersabhängigkeit kann allerdings ebensowenig nachgewiesen werden wie eine solche vom formalen Bildungsstand. Ähnlich wie bei der Zustimmung bzw. Ablehnung einer europäischen Armee zeigt sich aber wieder eine gewisse Regionalisierung. Während man in Rheinland-Pfalz, im Saarland und Baden-Württemberg zu 68 % für einen "europäischen Pfeiler" ist, sprechen sich in Norddeutschland dafür 65 %, in Bayern 64 % aus.

Danach gefragt, wer in einem künftigen Europa in Verteidigungsangelegenheiten das "letzte Wort" haben sollte, antworten mit "ein rein europäisches Gremium" in Frankreich die Befragten zu 60 %, in

der Bundesrepublik zu 47 %. Dafür, daß die letzte Entscheidung einem rein nationalen Organ vorbehalten werden sollte, plädieren die Franzosen lediglich noch zu 20 %, die Befragten in der Bundesrepublik dagegen zu 33 %. Für ein NATO-Organ oder die USA sind 10 % der Franzosen und 15 % der Deutschen (Tabelle 15).

Zwar läßt sich somit diesseits und jenseits des Rheins die Präferenzierung einer europäischen letzten Entscheidungsinstanz konstatieren. Angesichts des Hanges zur Eigenständigkeit, der Frankreichs Politik lange Zeit dominiert hat, muß es aber erstaunen, daß nicht die Franzosen, sondern die Deutschen im stärkeren Maße die nationale Zuständigkeit betonen.

Der Gedanke an eine europäische Entscheidungsinstanz wird in Frankreich vor allem von Männern, der jungen Generation und von besser Gebildeten geäußert.

In der Bundesrepublik votieren Männer weitaus stärker als Frauen für ein nationales Gremium (36 % - 31 %), gleichzeitig aber auch öfter für eine europäische Lösung (51 % - 48 %). In bezug auf die Altersgruppen findet die europäische Kompetenz die höchste Zustimmung bei den 16 - 24jährigen, die nationale Instanz den höchsten Support bei den 40 - 54jährigen.

Getrennt nach Bildungsgruppen läßt sich feststellen, daß Volks-/Hauptschulabgänger überdurchschnittlich häufig für eine NATO-Lösung, Abiturienten dagegen für ein europäisches Gremium eintreten.

Als "Motor" für eine zukünftige europäische Zusammenarbeit sieht die Mehrheit in der Bundesrepublik und in Frankreich eine gemeinsame deutsch-französische Verteidigung an. Zumindest stimmen 72 % der Befragten in Frankreich und 52 % der Deutschen dem Statement zu, eine deutsch-französische militärische Kooperation sei der erste Schritt in eine diesbezügliche Richtung. Diesseits und jenseits des Rheins zeigt nicht einmal jeder fünfte eine gegenteilige Ansicht. Auffallend ist allerdings, daß in der Bundesrepublik fast ein Drittel der Befragten keine Meinung zur Thematik hat. Dies deutet zumindest darauf hin, daß Fragen der militärischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik die öffentliche Meinung in Frankreich stärker tangieren als im Nachbarland (Tabelle 16). Dies gilt auch, wenngleich in vermindertem Maße, für die Deutsch-Französische Brigade.

3.6. Die Deutsch-Französische Brigade im Meinungsbild beider Völker

Kurz nach Bekanntwerden des Vorschlages von Bundeskanzler Kohl, eine deutsch-französische militärische Einheit zu gründen, führte 1987 die Tageszeitung Parisien Libéré⁷⁾ eine Blitzumfrage in der französischen Bevölkerung zur Konzeption einer Deutsch-Französischen Brigade durch. Nach dieser Umfrage fanden 60 % der Franzosen die Idee des gemeinsamen Truppenverbandes gut. Lediglich 24 % reagierten verneinend, und 16 % hatten keine Meinung.

Eine Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr ebenfalls im Jahre 1987 in der Bundesrepublik erbrachte das Ergebnis, daß 50.4 % die Idee einer gemeinsamen Brigade für sinnvoll hielten. 29.5 % argumentierten mit weniger sinnvoll und 17.7 % mit nicht sinnvoll. Lediglich 2.4 % hatten keine Meinung.⁸⁾ Eine Meinungsumfrage des EMNID-Instituts im gleichen Jahr kam zu einem fast identischen Resultat. Danach begrüßten 51 % der Befragten die Brigade eher als daß sie sie ablehnten.⁹⁾

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse lassen sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik auf eine angestiegene Akzeptanz in der Bevölkerung schließen. So wuchs die Zahl der Befürworter in der deutschen Stichprobe zwar nur unwesentlich von 50 auf 52 %, der Anteil der Gegner nahm allerdings deutlich um ca. 30 % auf 19 %

ab. Bei diesen Zahlen muß allerdings berücksichtigt werden, daß 29 % der Befragten keine Antwort gaben. Sieht man einmal von ihnen ab, so läßt sich konstatieren, daß unter denjenigen, die sich unter der Deutsch-Französischen Brigade überhaupt etwas vorstellen können, die Zahl der Befürworter die 70 % Marke übersteigt.

Auch in Frankreich nahm die Zahl derjenigen, die sich unter der Brigade nichts vorstellen konnte, stark zu. Allerdings war der Anstieg von 16 auf 25 % nicht so drastisch wie in der Bundesrepublik. Die Zahl der Befürworter in der Gesamtbevölkerung blieb mit 58 % gegenüber 1987 etwa gleich, der Anteil der Gegner nahm um 7 % auf 17 % ab. Auch in Frankreich läßt sich somit feststellen, daß die zustimmenden Reaktionen unter den Befragten, die mit der Brigade konkrete Vorstellungen verknüpfen konnten, über 70 % liegen (Tabelle 17).

Insbesondere die starke Abnahme der Gegner des deutsch-französischen Verbandes ist unter der Perspektive einer fruchtbaren Verteidigungskooperation zwischen beiden Staaten sicher als erfreulich zu werten. Die hohe Zunahme der Befragten, die keine Äußerung abgaben, sollte wohl aber Veranlassung geben, über die Öffentlichkeitsarbeit in bezug auf die Brigade nachzudenken.

Fast alle Befragten in Frankreich und der Bundesrepublik, die die Deutsch-Französische Brigade kannten, sprechen sich auch für die

Fortsetzung des Experimentes "gemeinsamer Verband" aus. So stimmen 53 % der Franzosen und 51 % der Deutschen der Schaffung weiterer gemeinsamer Einheiten zu. 23 % der Befragten in Frankreich und 21 % der in der Bundesrepublik wenden sich dagegen (Tabelle 18).

4. Zusammenfassende Schlußfolgerungen

Ausweislich der vorgestellten Ergebnisse wird das Meinungsklima in Frankreich und der Bundesrepublik in bezug auf sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen durch eine große Anzahl von Gemeinsamkeiten aber auch durch einige profunde Gegensätzlichkeiten geprägt. Unter der Perspektive möglicher gemeinsamer Verteidigungsanstrengungen in den kommenden Jahren ist es sicher zu begrüßen, daß Franzosen und Deutsche im jeweiligen Nachbarn diesseits und jenseits des Rheines den besten Freund des eigenen Landes sehen, daß Franzosen ein großes Verständnis für Fragen der deutschen Wiedervereinigung aufbringen und beide Bevölkerungen mit Mehrheit der Meinung sind, der Nachbar ließe sie bei einem militärischen Angriff nicht im Stich. Auch das Gefühl, man selber oder aber der Partner im Westen bzw. Osten sei Motor der europäischen Einigung, und die mehrheitliche Billigung bisher getroffener gemeinsamer Verteidigungsmaßnahmen wie z.B. der Gründung der Deutsch-Französischen Brigade in beiden Ländern dürften für kommende Kooperationen förderlich sein.

Eher Hemmnisse oder zumindest Verlangsamungen könnten allerdings daraus resultieren, daß die Franzosen sich doch wesentlich klarer als die Deutschen für eine Europäisierung der Verteidigung aussprechen und daß selbst zum Befragungszeitpunkt, der vor der Grenzeröffnung zur DDR und der plötzlich realistisch werdenden Frage der deutschen Einheit lag, die Deutschen sich wesentlich mehr als ihre westlichen Nachbarn für nationale Lösungen in Verteidigungsfragen verwandten.

Ein noch größeres Hindernis für mehr sicherheitspolitische Gemeinsamkeiten zwischen Frankreich und Deutschland dürfte allerdings der doch sehr deutliche Unterschied in bezug auf die Verteidigungsbereitschaft bilden. Insbesondere in der Frage, ob zur Verteidigung des eigenen Territoriums auch Atomwaffen eingesetzt werden sollen, liegen zwischen Deutschen und Franzosen derzeit kaum überbrückbare Welten. Diese Kluft zu schließen wird schwer sein, scheinen doch die Gegensätze auch auf stark unterschiedlichen Basisorientierungen zu beruhen.¹⁰⁾

5. Anmerkungen

- 1) Vgl. zu Kap. 1: H. Bühl, Ch. Millotat: Die Intensivierung der Deutsch-Französischen Zusammenarbeit seit 1982, in: Der Mittler-Brief, Nr. 3/1987, S. 3 ff.
- 2) In der Bundesrepublik lag die Altersuntergrenze bei 16, in Frankreich bei 18 Jahren.
- 3) Durchführendes Institut in der Bundesrepublik war die Gesellschaft für Kommunikationsforschung (GfK), Nürnberg, in Frankreich das Institut Faits et Opinions, Paris.
- 4) Vgl. R. Inglehart: The silent revolution. Princeton 1977 und ders.: Cultural change in advanced industrial society. Princeton 1989.
- 5) Die unterschiedliche Grundorientierung in beiden Bevölkerungen beeinflusst deutlich auch die Wahrnehmung sicherheitspolitischer Sachverhalte. Die Darstellung dieses Einflusses ist dem zweiten Beitrag des vorliegenden Bandes vorbehalten.
- 6) Vgl. für die Bundesrepublik die EMNID-Studie: Meinungsbild 1989 zur wehrpolitischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland.
- 7) Veröffentlicht im Parisien Libéré vom 24.06.87.
- 8) W. Frantz, P. Klein, E. Lippert: Die "Deutsch-Französische Brigade" im Meinungsbild der Bevölkerung. SOWI-Arbeitspapier Nr. 8, München 1988, S. 5.
- 9) EMNID-Institut Bielefeld: Meinungsbild zur wehrpolitischen Lage 1987, Tab. 3.
- 10) Vgl. den zweiten Beitrag des vorliegenden Bandes.

6. Tabellen und Graphiken

Tabelle 1

Bevorzugung bestimmter Ziele der Politik

	Anzahl der Antworten "stimme völlig zu" in %	
	Frankreich	Deutschland
Politik muß vor allem für eine Sicherung und Verbesserung des Lebensstandards und der Sozialleistungen durch Förderung des wirtschaftlichen Wachstums sorgen	64	46
Um die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken, muß unsere Außenpolitik dafür sorgen, daß wir im Ausland möglichst billig Rohstoffe kaufen können	50	33
Hauptaufgabe unserer Sozialpolitik muß es sein, für eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne zu sorgen	61	50
Heute muß Politik dafür sorgen, daß die Lebensqualität nicht durch Zerstörung der Natur gefährdet wird. Deshalb muß die Politik Produktionsweisen und Produkte verbieten, die die Gesundheit der Menschen gefährden	75	68
Politik sollte mehr Sorge dafür tragen, daß die Menschen in einer Umwelt leben können, die durch gegenseitige Rücksichtnahme und Mitmenschlichkeit gekennzeichnet ist	55	64
Politik muß sich mehr als bisher ihrer Verantwortung für die kommenden Generationen bewußt sein. Das verlangt Schonung der Natur und der Rohstoffe, auch wenn sich daraus Einschränkungen des Lebensstandards ergeben	57	65

Tabelle 2

Wichtigkeit außenpolitischer Ziele

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
Zusammenschluß Westeuropas	48	37
Annäherung an die Länder Osteuropas	25	24
Beziehungen zu den Vereinigten Staaten	15	10
Beziehungen zur Sowjetunion	8	12
keine Meinung dazu	4	17
Gesamt	100	100

Graphik zu Tabelle 2

Wichtigkeit außenpolitischer Ziele

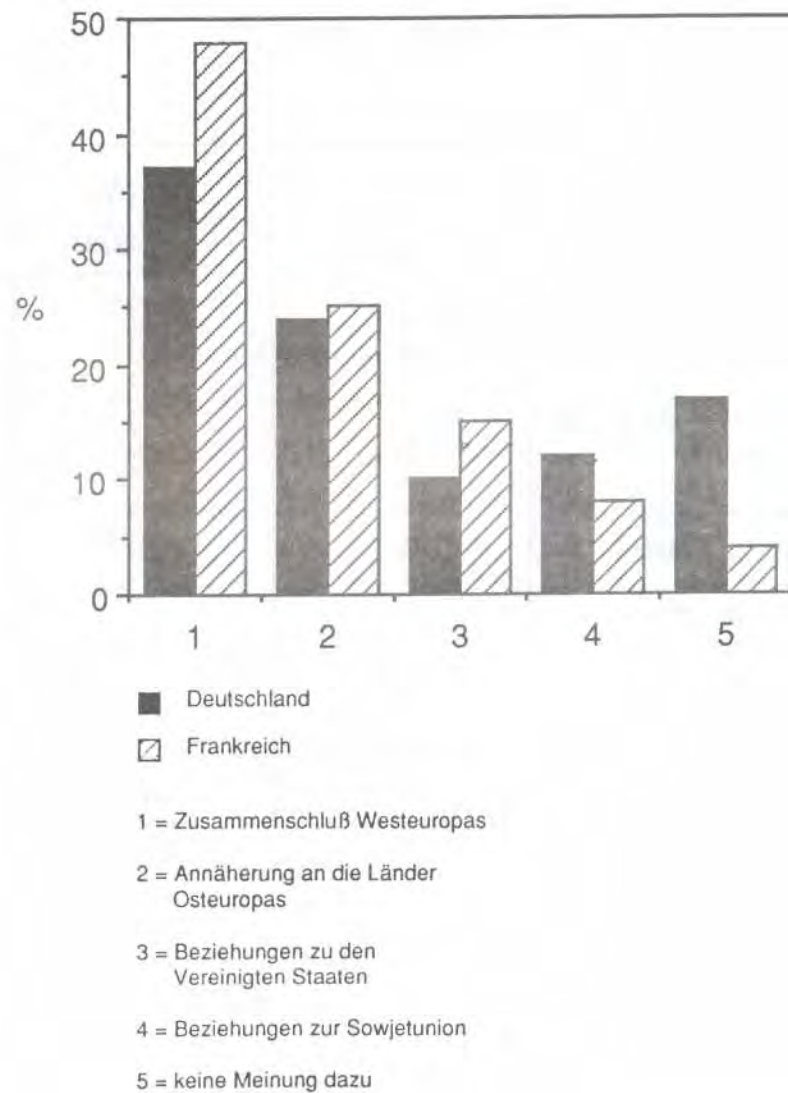


Tabelle 3

Länder, die sich am meisten bemühen, ein gemeinsames Europa aufzubauen

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
Deutschland	26	43
Frankreich	39	39
Italien	2	3
Belgien	3	2
Niederlande	1	3
Spanien	7	3
England	5	3
sonstige Länder	6	1
keine Antwort	11	3
Gesamt	100	100

Tabelle 4

Frage: Wer ist der beste Freund Ihres eigenen Landes?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
Frankreich	-	37
Bundesrepublik Deutschland	28	-
USA	19	37
Belgien	15	2
Schweiz	7	4
DDR	2	1
England	10	4
Italien	6	3
Sowjetunion	1	4
andere Länder	2	5
keine Antwort	10	3
Gesamt	100	100

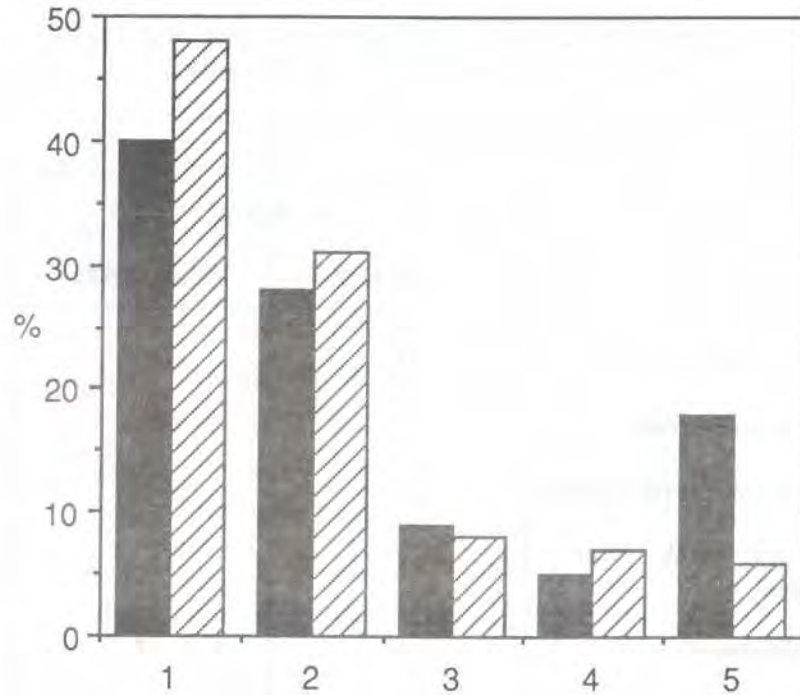
Tabelle 5

Stellungnahme zur Aussage, die Wiedervereinigung Deutschlands sei ein legitimes Recht aller Deutschen

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
voll einverstanden	48	40
eher einverstanden	31	28
eher nicht einverstanden	8	9
überhaupt nicht einverstanden	7	5
keine Antwort	6	18
Gesamt	100	100

Graphik zu Tabelle 5

Stellungnahme zur Aussage, die Wiedervereinigung Deutschlands sei ein legitimes Recht aller Deutschen



■ Deutschland

▨ Frankreich

1 = voll einverstanden

2 = eher einverstanden

3 = eher nicht einverstanden

4 = überhaupt nicht einverstanden

5 = keine Antwort

Tabelle 6

Frage: Welcher Staat bedroht nach Ihrer Meinung am meisten den Weltfrieden?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
UdSSR	12	20
anderes Ostblockland	2	5
USA	2	6
Iran	46	26
Libyen	16	20
Israel	4	6
Syrien	5	5
Südafrika	1	3
sonstige	2	1
keine Antwort	9	8
Gesamt	100	100

Tabelle 7

Frage: Welcher Staat bedroht nach Ihrer Meinung am meisten Ihr Land?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
UdSSR	11	17
anderes Ostblockland	1	8
USA	1	2
Iran	45	19
Libyen	12	12
Israel	2	2
Syrien	5	2
Südafrika	1	1
sonstige	2	1
keine Antwort	20	36
Gesamt	100	100

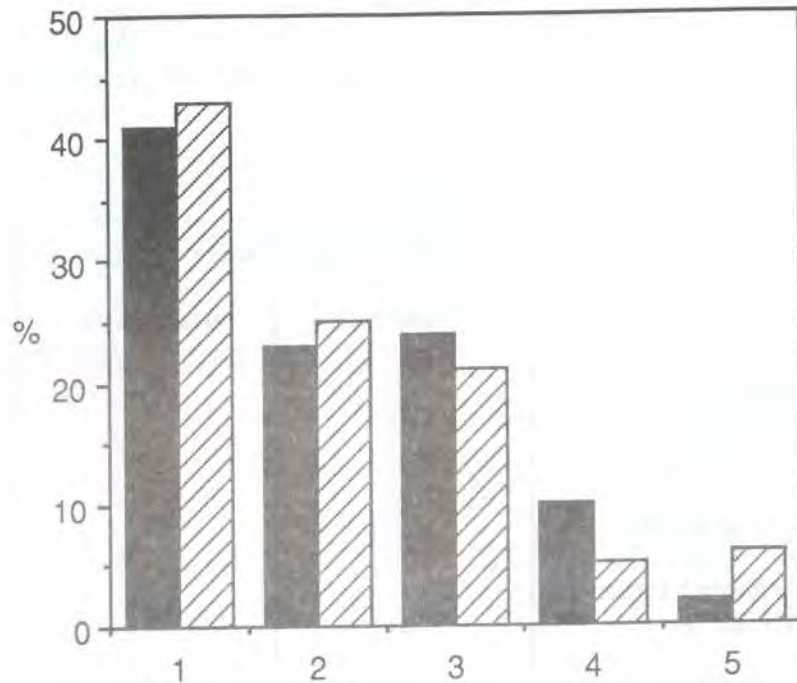
Tabelle 8

Frage: Welche Art von Waffen beunruhigt Sie für die Zukunft am meisten?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
Nuklearwaffen	43	41
chemische Waffen	25	23
biologische Waffen	21	24
"intelligente" konventionelle Waffen	5	10
keine Antwort	6	2
Gesamt	100	100

Graphik zu Tabelle 8

Welche Art von Waffen beunruhigt Sie für die Zukunft am meisten?



■ Deutschland
 ▨ Frankreich

1 = Nuklearwaffen
 2 = chemische Waffen
 3 = biologische Waffen
 4 = "intelligente" konventionelle Waffen
 5 = keine Antwort

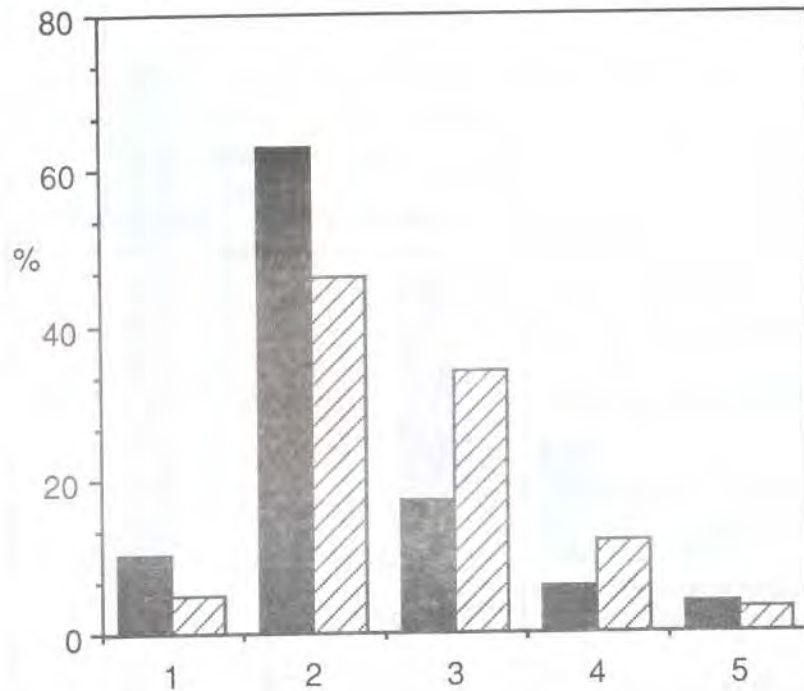
Tabelle 9

Frage: Welche Art von Aggression befürchten Sie für Ihr Land am meisten?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
eine konventionell militärische Aggression	5	10
eine Aggression mit Atomwaffen	46	63
eine Aggression durch Terroristen	34	17
eine Aggression mit wirtschaftlichen Mitteln	12	6
keine Antwort	3	4
Gesamt	100	100

Graphik zu Tabelle 9

Welche Art von Aggressionen befürchten Sie für Ihr Land am meisten?



■ Deutschland
 ▨ Frankreich

- 1 = eine konventionell militärische Aggression
- 2 = eine Aggression mit Atomwaffen
- 3 = eine Aggression durch Terroristen
- 4 = eine Aggression mit wirtschaftlichen Mitteln
- 5 = keine Antwort

Tabelle 10

Bereitschaft, das eigene Land gegen einen Angriff zu verteidigen

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
Verteidigung gegen einen Angriff mit Waffengewalt	85	59
Verteidigung, wenn der Krieg im eigenen Land stattfindet	81	40
Verteidigung, auch wenn Atomwaffen im eigenen Land eingesetzt werden	60	13
Verteidigung, auch wenn Atomwaffen im Land des Angreifers eingesetzt werden	50	16

Graphik zu Tabelle 10

Bereitschaft, das eigene Land gegen einen Angriff zu verteidigen

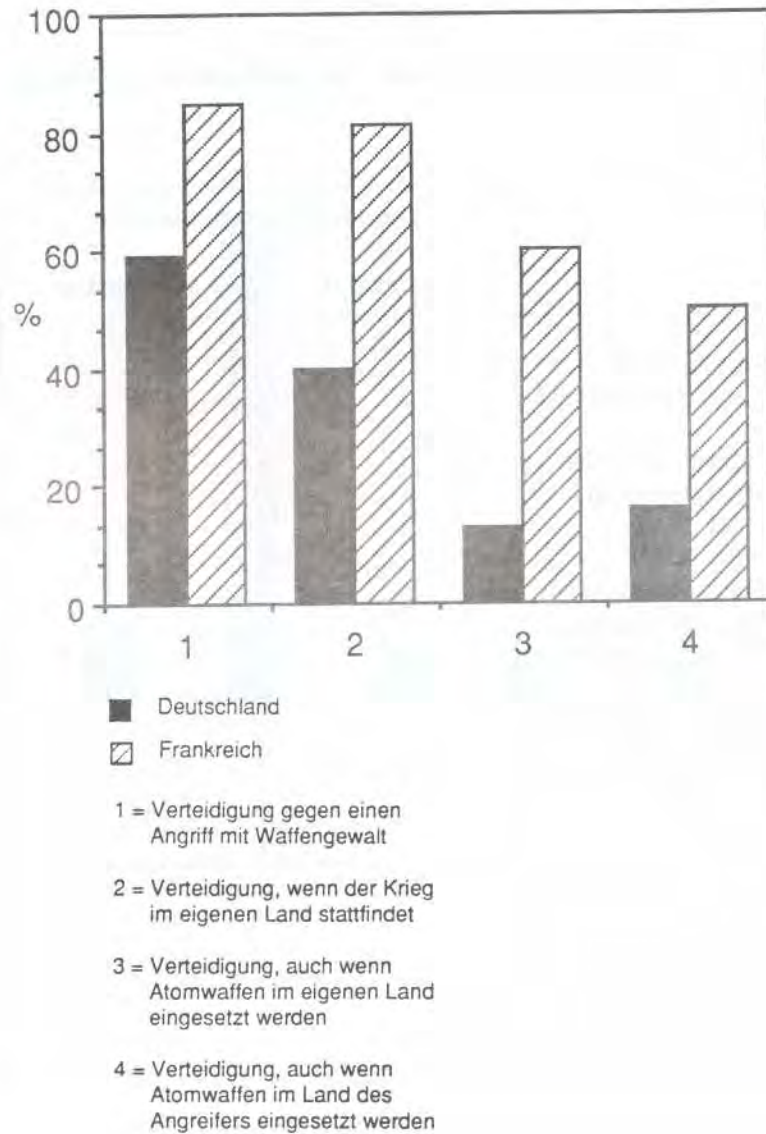


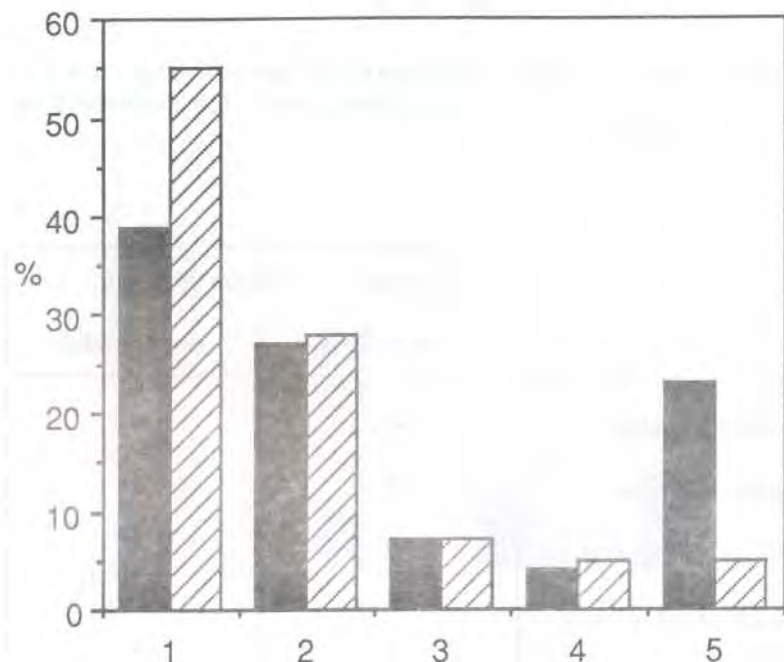
Tabelle 11

Frage: Wie stehen Sie dazu, daß Frankreich der Bundesrepublik bei ihrer Verteidigung zu Hilfe kommt, wenn ihre Sicherheit bedroht würde?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
voll einverstanden	55	39
eher einverstanden	28	27
eher nicht einverstanden	7	7
überhaupt nicht einverstanden	5	4
keine Meinung dazu	5	23
Gesamt	100	100

Graphik zu Tabelle 11

Wie stehen Sie dazu, daß Frankreich der Bundesrepublik bei ihrer Verteidigung zu Hilfe kommt, wenn ihre Sicherheit bedroht würde?



■ Deutschland
 ▨ Frankreich

1 = voll einverstanden
 2 = eher einverstanden
 3 = eher nicht einverstanden
 4 = überhaupt nicht einverstanden
 5 = keine Meinung dazu

Tabelle 12

Frage: Sind Sie dafür oder dagegen, daß Frankreich die Bundesrepublik in seinen nuklearen Schutz aufnehmen sollte, um hierdurch einen militärischen Angriff zu vermeiden?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
voll dafür	28	20
eher dafür	29	24
eher dagegen	18	16
voll dagegen	14	12
keine Meinung	11	28
Gesamt	100	100

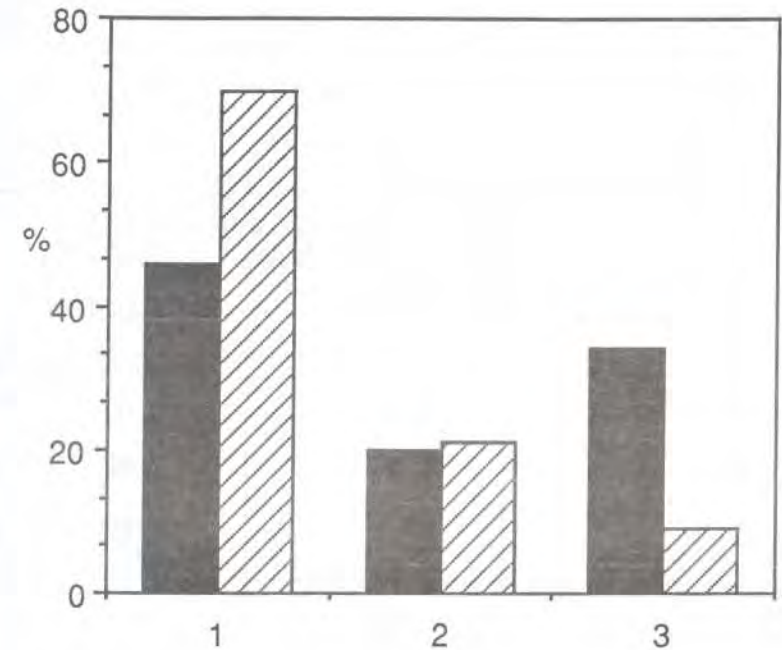
Tabelle 13

Frage: Was halten Sie von der Schaffung einer Europäischen Armee, bestehend aus den Streitkräften aller Staaten der Europäischen Gemeinschaft?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
dafür	70	46
dagegen	21	20
keine Meinung	9	34
Gesamt	100	100

Graphik zu Tabelle 13

Was halten Sie von der Schaffung einer Europäischen Armee, bestehend aus den Streitkräften aller Staaten der Europäischen Gemeinschaft?



■ Deutschland
▨ Frankreich

1 = dafür
2 = dagegen
3 = keine Meinung

Tabelle 14

Frage: Sollte diese europäische Armee außerhalb der NATO stehen oder innerhalb der NATO eine eigene europäische Truppe bilden?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
außerhalb der NATO	18	21
innerhalb der NATO	54	66
keine Meinung	28	13
Gesamt	100	100

Tabelle 15

Frage: Wer sollte in Verteidigungsfragen in Europa das letzte Wort haben?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
ein rein nationales Gremium	20	33
ein europäisches Gremium	60	47
die NATO oder die Vereinigten Staaten	10	15
keine Antwort	10	5
Gesamt	100	100

Tabelle 16

Frage: Wie stehen Sie im Rahmen der europäischen Armee zu einer gemeinsamen deutsch-französischen Verteidigung als einem ersten Schritt dazu?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
voll einverstanden	37	20
eher einverstanden	35	32
eher nicht einverstanden	8	11
nicht einverstanden	9	7
keine Meinung	11	30
Gesamt	100	100

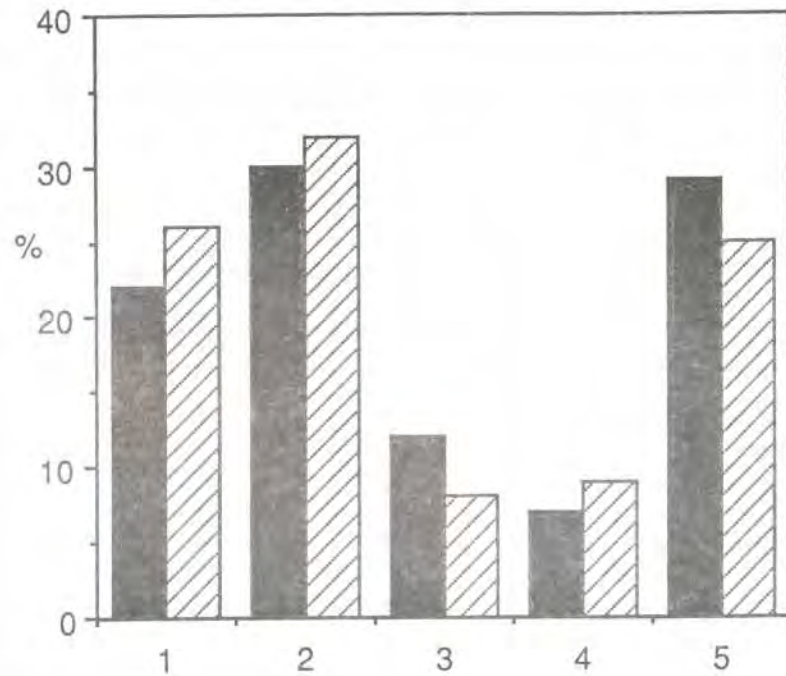
Tabelle 17

Frage: Wie stehen Sie dazu, daß die Bundesrepublik und Frankreich 1988 eine gemeinsame Deutsch-Französische Brigade aufgestellt haben?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
voll einverstanden	26	22
eher einverstanden	32	30
eher nicht einverstanden	8	12
nicht einverstanden	9	7
keine Meinung	25	29
Gesamt	100	100

Graphik zu Tabelle 17

Wie stehen Sie dazu, daß die Bundesrepublik und Frankreich 1988 eine gemeinsame Deutsch-Französische Brigade aufgestellt haben?



■ Deutschland
 ▨ Frankreich

1 = voll einverstanden
 2 = eher einverstanden
 3 = eher nicht einverstanden
 4 = nicht einverstanden
 5 = keine Meinung

Tabelle 18

Frage: Wie ständen Sie dazu, wenn es in Zukunft weitere gemischte deutsch-französische militärische Verbände geben würde?

	Anteil der Antworten in %	
	Frankreich	Deutschland
voll einverstanden	22	19
eher einverstanden	31	32
eher nicht einverstanden	10	13
nicht einverstanden	13	8
keine Meinung	24	28
Gesamt	100	100

Heinz-Ulrich Kohr / Hans-Georg Räder

POLITISCHER PARADIGMENWECHSEL
UND SICHERHEITSPOLITISCHE ORIENTIERUNGEN
IN DER BUNDESREPUBLIK UND IN FRANKREICH

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Zum Konzept des Paradigmenwechsels	71
2. Instrumente zur Erfassung von Paradigmenpräferenzen	73
3. Paradigmenpräferenzen in der Bundesrepublik und in Frankreich	80
4. Paradigmenpräferenz und sicherheitspolitische Orientierung	84
4.1. Befürchtungen eines Angriffs	87
4.1.1. Vergleich Bundesrepublik - Frankreich	88
4.1.2. Politische Paradigmen und Angriffsfurcht in der Bundesrepublik und in Frankreich	96
4.2. Akzeptanz von Verteidigung unter verschiedenen Bedingungen/Risiken	100
4.2.1. Akzeptanz von Verteidigung: Vergleich Bundesrepublik und Frankreich	105
4.2.2. Paradigmenpräferenz und Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik und in Frankreich	110
4.3. Positionen zur Strategie der nuklearen Abschreckung und zur taktischen nuklearen Bewaffnung	118

4.3.1. Akzeptanz nuklearer Abschreckung: Vergleich Bundesrepublik - Frankreich	119
4.3.2. Paradigmenpräferenz und Akzeptanz nuklearer Abschreckung	127
5. Sicherheitspolitische Orientierung - eher gesell- schaftlich spezifisch oder eher abhängig von paradigmatischen politischen Orientierungen	129
6. Anmerkungen	136
7. Literatur	137

1. Zum Konzept des Paradigmenwechsels

Seit Anfang der 80er Jahre verfolgen wir anhand von Meinungsbefragungen, die im Auftrag des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr (SOWI) bzw. des BMVg durchgeführt werden, den Prozeß, den Joachim RASCHKE (1980 a,b) als "politischen Paradigmenwechsel" beschrieben hat. Ein politisches Paradigma ist nach Raschke "... die in einem System vorherrschende allgemeinste Sichtweise dessen, was primär als Gegenstand und Aufgabe von Politik gilt" (1980 a, S. 285).¹⁾ Raschke interpretiert den sozio-politischen Wertewandel auf dem Hintergrund eines Wechsels politischer Paradigmen: das herkömmliche, dominante Bezugs- und Interpretationssystem von Politik, das er **Verteilungsparadigma** nennt, konfliktiert mit einem neu entstandenen, sich zunehmend etablierenden politischen Paradigma, das Raschke als **Lebensweiseparadigma** bezeichnet.

Raschkes Ansatzpunkt ist die Ungleichzeitigkeit des fundamentalen Wertewandels: die diesem zugrundeliegenden gesellschaftlichen Entwicklungen setzen sich auf der Ebene der Individuen und Gruppen rascher durch als auf der Ebene des staatlichen Steuerungszentrums. Hierzu argumentiert Raschke ganz pragmatisch. Er habe nach einem Konzept gesucht, das Werte und Ziele in einer Perspektive integriert. "Der Ausgangspunkt sind also nicht materielle Verhältnisse und ihre widerspruchsvolle Entwicklung, sondern die Struktur

von Werten, Sichtweisen, Einstellungen - handlungsrelevante subjektive Dimensionen politischer Akteure also, die auf der Systemebene relevant werden. Dafür bot sich die Übertragung des Paradigmen-Konzepts aus der Wissenschaftssoziologie auf die politische Realität an." (Raschke 1980 a, S. 285)

Zentrales Element des **Verteilungsparadigmas** ist ökonomisches Wachstum. Die Förderung technisch-wissenschaftlicher Innovationen, die Schaffung von Märkten etc. sind dafür unabdingbare Voraussetzungen. Wachstum wird innerhalb dieses Paradigmas als prinzipiell unbegrenzt begriffen. Es kann durch staatliche Aktivitäten verstetigt werden und ist der entscheidende Faktor zur Lösung von wichtigen gesellschaftlichen Probleme (wie z.B. Arbeitslosigkeit, Armut) und die Bedingung für Reformen.

Der soziale Friede und die Legitimität des politischen Systems sind an die alle gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigende Verteilung des Wachstums gebunden. Orientierungsprinzip gerechter Verteilung ist dabei die Leistung. Zur Sicherung des Wachstums ist letztlich ein ökonomischer, technischer und politischer Zentralismus effizienter als eine Dezentralisierung (vgl. Raschke, 1980 b, S. 28).

Als konkurrierendes Paradigma zum (noch) dominanten der Verteilung des Wachstums hat sich das der **Lebensweise** entwickelt. Kennzeichnend dafür sei, so Raschke, die Abwendung von Systembezügen und

die Rückbesinnung auf das Individuum, die Bindung der Politik an menschliche Bedürfnisse: "Alle Herausforderungen führen letztlich zu der Frage: wie will und wie kann der Mensch in Zukunft leben?" (1980 b, S. 30).

Ausgangspunkt und Ziel politischen Handelns stellt innerhalb dieses Paradigmas die Lebensweise des Menschen dar, definiert in bezug auf Gesellschaft und/oder Natur. Bestehende Strukturen und Veränderungen werden danach befragt, was sie für den Menschen unmittelbar bedeuten. Materielles Wachstum wird im Lebensweiseparadigma als begrenzt angesehen. Technische, wissenschaftliche und ökonomische Prozesse sind nach den Kriterien humaner Bedürfnisse bzw. einer ökologisch orientierten Lebensweise zu beurteilen. Dezentralisierung wird angezielt (vgl. Raschke 1980 b, S. 31).

2. Instrumente zur Erfassung von Paradigmenpräferenzen

Für eine 1981 durchgeführte Befragung haben wir erstmals ein Instrument zur Erfassung der **Orientierung** am Verteilungs- bzw. Lebensweiseparadigma konstruiert; dabei wurden die primär auf das gesellschaftlich-politische System bezogenen Formulierungen Raschkes als Aussagen über Bewußtseinsstrukturen von Individuen zu erfassen versucht. Dem Befragten wurde zuerst die Position, die die

Charakteristika des Verteilungsparadigmas beschreibt (vgl. Schema 1, Position V) in einer Formulierung vorgelegt, die so gefaßt ist, daß sie nicht von vornherein (etwa durch bestimmte Rhetorik) - je nach politischer Orientierung - als attraktiv oder aversiv angesehen wird. Die Befragten wurden gebeten, die eigene Auffassung dazu auf einer sechsstufigen Skala mit jeweils dreifach abgestufter Zustimmung bzw. Ablehnung durch entsprechendes Ankreuzen anzugeben. Danach wurde die Beschreibung des Lebensweiseparadigmas (Position L) zur Beurteilung vorgegeben, wobei dieselbe Skala zu benutzen war. In der Auswertung wurde für jeden Befragten durch Differenzbildung der Beurteilungen beider Positionen festgestellt, ob ein Befragter eher die Lebensweise- oder die Verteilungsposition akzeptierte oder beiden gleichermaßen zustimmte.

Die Häufigkeitsverteilung der Präferenz für die beiden konfligierenden Paradigmen in den verschiedenen Altersgruppen ergibt folgendes: Während die Lebensweiseorientierung bei Jugendlichen am häufigsten ist und mit dem Alter abnimmt, ist umgekehrt die Verteilungsorientierung bei über 45jährigen häufiger (und unter Jugendlichen am seltensten anzutreffen).

Schema 1: Beschreibung des Instruments zur Erfassung von Lebensweise- bzw. Verteilungsorientierung (formuliert in Anlehnung an die Konzeption von Joachim RASCHKE, 1980, a,b)

Die beiden Positionen werden den Befragten jeweils auf einer Liste vorgelegt (zuerst Position V, dann Position L). Als einführende Information wird mitgeteilt: "Es gibt heute verschiedene Auffassungen darüber, was 'Politik vor allem erreichen soll, wofür sich die Politiker einsetzen sollten, was letztlich das Ziel der Politik in unserer Gesellschaft sein soll. Wie stehen Sie zu der Position, die in dieser Liste* beschrieben ist? Bitte geben Sie Ihre Meinung dazu auf folgender 'Skala' an"

Position V	Position L
Die Politik muß vor allem dafür sorgen, daß es uns allen gut geht, daß der bisher erreichte Lebensstand erhalten oder verbessert werden kann. Dazu muß das wirtschaftliche Wachstum durch die Politik gefördert werden, denn nur so kann der Staat wichtige Sozialleistungen bereitstellen und unseren Lebensstandard erhalten.	Die Politik muß vor allem dafür sorgen, daß unsere Lebensqualität erhalten oder verbessert werden kann. Dazu gehört wesentlich, daß sich die Menschen in ihrer sozialen und natürlichen Umwelt wohlfühlen. Die Politik muß also dafür sorgen, daß das Leben der Menschen nicht dem untergeordnet wird, was technisch möglich ist. Produktionsweisen und Produkte, die die Gesundheit oder das soziale Leben der Menschen gefährden, sind durch die Politik zu verhindern bzw. rückgängig zu machen.
Weil wirtschaftliches Wachstum wesentlich davon abhängt, daß unsere Waren auch im Ausland verkauft werden können, und daß unsere Gesellschaft die Rohstoffe bekommen kann, die sie braucht, muß eine entsprechende Außenpolitik betrieben werden, ferner muß die Politik sicherstellen, daß der technische Fortschritt und die finanzielle Kraft in unserer Gesellschaft möglichst hoch sind.	Natur und Rohstoffe als Existenzgrundlage der Menschheit müssen geschont werden, auch wenn sich daraus Einschränkungen des wirtschaftlichen Wachstums und des momentanen Lebensstandards ergeben.
Es muß dafür gesorgt werden, daß der erwirtschaftete Gewinn möglichst gerecht an alle Gruppen der Gesellschaft verteilt wird, wobei die erbrachte Leistung das wesentlichste Kriterium darstellt. Durch ein gut ausgebautes Netz der sozialen Sicherheit muß die Gesellschaft dafür sorgen, daß diejenigen, die unverschuldet in soziale Not geraten sind, unterstützt werden und daß die Altersversorgung in Form von Renten usw. gesichert ist.	Die heutige Politik muß berücksichtigen, daß sie auch die Verantwortung für die kommende Generation trägt. Die Bezugspunkte der Politik muß weniger in der Leistung und Produktion liegen, als vielmehr in der Art und Weise, wie die Menschen in einer Gesellschaft gut zusammenleben können.

- "Verteilungsorientierung" bedeutet, daß der Befragte der Position V stärker zustimmt als der Position L;
- "Lebensweiseorientierung" bedeutet, daß der Position L stärker als der Position V zugestimmt wird;
- "Transitorisch" meint, daß beiden Positionen gleichermaßen zugestimmt wird, (d.h. beide "Skalenwerte" sind gleich)**

* 1 = völlige Ablehnung; 2 = weitgehende Ablehnung; 3 = Ablehnung; 4 = leichte Zustimmung; 5 = weitgehende Zustimmung; 6 = völlige Zustimmung. Zuerst wurde Position V vom Befragten gelesen und eingestuft, dann Position L.

** Der grundsätzlich mögliche Fall der Ablehnung beider Positionen tritt praktisch nicht auf.

Insgesamt gesehen bestätigen die Strukturen der Ergebnisse unserer 1981, 1984 und 1986 durchgeführten Befragungen Raschkes Konzept des Paradigmenwechsels (vgl. dazu Kohr und Räder 1986):

- sie verweisen darauf, daß das Lebensweiseparadigma zunehmend an Bedeutung gewinnt und das der Verteilung, längerfristig gesehen, ablösen könnte. Zur Zeit werden jedoch vor allem die positiven Aspekte beider Paradigmen in der Bevölkerung präferiert (siehe unten);
- die Orientierung am neuen Paradigma ist besonders deutlich bei Jugendlichen/jungen Erwachsenen mit hoher formaler Bildung ausgeprägt (junge Frauen tendieren stärker zur Lebensweiseorientierung als junge Männer).

Unsere Untersuchungen haben ferner gezeigt, daß trotz unterschiedlicher theoretischer Fundierung ein relativ enger Zusammenhang zwischen den von Raschke beschriebenen Paradigmen und jenen Phänomenen und Orientierungsmustern besteht, die Ronald INGLEHART als "Materialismus" und "Postmaterialismus" bezeichnet.

Wie wir aus den ausführlichen Interviews ersehen konnten, die mit einem Panel von ca. 200 Befragten einer Bevölkerungsumfrage 1986 durchgeführt wurden, besteht ein Problem der Operationalisierung der beiden Paradigmen in der im Schema 1 gezeigten Weise darin, daß viele Befragte beim Gespräch über ihre Reaktion auf die beiden Vorgaben Probleme sahen. Die Probleme, so wurde argumentiert, ergäben sich daraus, daß die Vorgaben eigentlich ja nicht jeweils

ein homogenes Ganzes darstellten, sondern aus mehreren Teilen bestünden: einigen Teilen könne man (mehr oder weniger) zustimmen, anderen aber nicht. Es sei daher angebracht, daß die Formulierungen V und L in einzelne Aussagen aufgelöst würden. Bemerkenswert ist, daß diese Forderung nicht von den Befragten erhoben wurden, die eine paradigmmentypische Position einnehmen, also einem Paradigma zustimmen und das andere ablehnen, sondern von denen, die beide Paradigmen attraktiv finden, die also sozusagen das Beste aus beiden Strukturen kombinieren möchten und den Interpretationskonflikt nicht wahrnehmen können oder wollen.

Bei der Neufassung der Operationalisierung haben wir die Erkenntnisse aus der Interview-Studie berücksichtigt und die Formulierung der Paradigmen in je drei Einzelaussagen aufgelöst. Der Algorithmus zur Bestimmung der Paradigmen-Präferenz wurde entsprechend geändert (vgl. Schema 2). Was z.B. Prozentanteile der Präferenz für die Paradigmen betrifft, ist natürlich ein Vergleich zwischen den Befragungsergebnissen, die empirisch auf der ersten bzw. der modifizierten Operationalisierung der Paradigmen beruhen, nicht sinnvoll. Wir haben deshalb auch auf die Wiedergabe entsprechender Informationen verzichtet; alle Ergebnisse, die wir mitteilen, beziehen sich auf die neue Operationalisierung.

Schema 2: Modifiziertes Instrument zur Erfassung von Lebensweise (L) - bzw. Verteilungsorientierung (V) und Antwortverteilung in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F)

Es gibt verschiedene Ansichten darüber, welche Aufgaben und Ziele Politik heutzutage in einem Land wie der Bundesrepublik verfolgen soll. Einige solcher Vorstellungen lese ich Ihnen jetzt vor. Sagen Sie mir jetzt bitte zu jeder ob Sie ihr persönlich eher zustimmen oder ob Sie diese Absicht eher ablehnen. Es genügt, wenn Sie mir den jeweiligen Buchstaben auf dieser Liste nennen.

Kodierung: 1 2 3 4 D
 A B C D E
 INT.: Liste vorlegen! Vorgaben vorlesen!

		1 A	2 B	3 C	4 D	D	
		stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht	
V 1:	Politik muß vor allem für eine Sicherung und Verbesserung unseres Lebensstandards und der Sozialleistungen durch Förderung des wirtschaftlichen Wachstums sorgen.	46 %	38 %	7 %	1 %	8 %	D
		64 %	29 %	3 %	1 %	3 %	F
V 2:	Um die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken, muß unsere Außenpolitik dafür sorgen, daß wir im Ausland möglichst billig Rohstoffe kaufen können.	33 %	37 %	15 %	5 %	10 %	D
		50 %	31 %	8 %	4 %	7 %	F
V 3:	Hauptaufgabe unserer Sozialpolitik muß es sein, für eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne zu sorgen.	50 %	33 %	6 %	1 %	10 %	D
		61 %	30 %	3 %	1 %	5 %	F
L 1:	Heute muß Politik dafür sorgen, daß die Lebensqualität nicht durch Zerstörung der Natur gefährdet wird. Deshalb muß die Politik Produktionsweisen und Produkte verbieten, die die Gesundheit der Menschen gefährden.	69 %	21 %	2 %	1 %	7 %	D
		75 %	19 %	2 %	1 %	3 %	F
L 2:	Politik sollte mehr Sorge dafür tragen, daß die Menschen in einer Umwelt leben können, die durch gegenseitige Rücksichtnahme und Mitmenschlichkeit gekennzeichnet ist.	65 %	25 %	2 %	1 %	7 %	D
		55 %	29 %	8 %	2 %	6 %	F
L 3:	Politik muß sich mehr als bisher ihrer Verantwortung für die kommenden Generationen bewußt sein. Das verlangt Schonung der Natur und der Rohstoffe, auch wenn sich daraus Einschränkungen des Lebensstandards ergeben.	66 %	24 %	3 %	-	7 %	D
		57 %	30 %	7 %	1 %	5 %	F

Schema 2 (Fortsetzung): Algorithmus zur Paradigmenpräferenzbestimmung

Schnitt 1: Für die jeweils drei Aussagen V 1 bis V 3 und L 1 bis L 3 wird pro Befragten ausgezählt, wie häufig eine zustimmende Antwort (A bzw. B) gegeben wurde. Dies ergibt die Variablen V und L.

Schnitt 2: Um die Antwortkonfigurationen zu erhalten, wird aus den Variablen V und L die Konfiguration K berechnet ($K = 10 * L + V$).

Schnitt 3: Die Werte der Variablen K repräsentieren nun die Antwortkonfigurationen. Daraus wird die Variable PARAD bestimmt (Paradigmenpräferenz):

PARAD = 1 : Verteilungsorientierung ("materialistisch")
(K = 3, 13, 23, 12, 2)

= 2 : transitorisch, gemischte Orientierung, Äquipräferenz (K = 33, 22)

= 3 : Lebensweiseorientierung ("postmaterialistisch") (K = 30, 31, 32, 21, 20)

Ausgedrückt in SPSS-X Notation:

```

COUNT      V = V1 TO V3 (1,2)
COUNT      L = L1 TO L3 (1,2)
COMPUTE     K = 10 * L + V
COMPUTE     PARAD = K
RECODE     PARAD (3, 13, 23, 12, 2 = 1) (33, 22 = 2)
              (30, 31, 32, 21, 20 = 3)
              (ELSE = SYSMIS)
  
```

3. Paradigmenpräferenzen in der Bundesrepublik und in Frankreich

Ein Vergleich der Antwortverteilungen der Einzelaussagen (vgl. Schema 2) zeigt bereits deutlich, daß das sozialökologisch-postmaterialistische Paradigma der "Lebenweise" in der Bundesrepublik stärker akzeptiert wird als in Frankreich. Umgekehrt läßt sich bezüglich des Verteilungsparadigmas erkennen, daß diese traditionell-marktwirtschaftliche, im Sinne Ingleharts "materialistische" Perspektive deutlich häufiger in Frankreich als in der Bundesrepublik vertreten wird. Präziser lassen sich die Unterschiede allerdings fassen und beschreiben anhand des Vergleichs der Verteilungen der Zuordnungen zu den Paradigmen, die mit dem im Schema 2 beschriebenen Algorithmus vorgenommen wurden (vgl. Tabelle 1). Entscheidend sind hier, wie allgemein in der folgenden Ergebnisdarstellung, jedoch nicht die Prozentangaben, sondern die Ergebnisstrukturen. Es geht vor allem darum, ob die Zusammenhänge zwischen Paradigmenpräferenzen und sicherheitspolitischen Orientierungen über verschiedene Indikatoren hinweg gleiche Struktur aufweisen und ob die Struktur der Zusammenhänge in der Bundesrepublik und in Frankreich gleich oder unterschiedlich ist. Die Prozentzahlen sind also nicht als "Hochrechnungen" für Populationswerte zu sehen, sondern als den Rezeptionsgewohnheiten entsprechende Hilfsmittel zur Beschreibung von Ergebnisstrukturen. Dies gilt um so mehr, als das in der Paralleluntersuchung benutzte Instrument zur Erfassung

der Paradigmenpräferenzen wegen Formulierungsmodifikationen seitens der Meinungsforschungsinstitute nicht genau dem von uns entwickelten und in anderen Untersuchungen eingesetzten Instrument entspricht. Unsere Vergleichsdaten für die Bundesrepublik weisen darauf hin, daß diese Modifikation zu einer Unterschätzung des Anteils der Verteilungsorientierten (schätzungsweise 15 %) zugunsten einer Überschätzung des Anteils mit transitorischer Orientierung führt. Zu betonen ist aber, daß diese Einschätzung weder die Struktur der Ergebnisse betrifft, auf die es im Hinblick auf die Hypothese des Paradigmenwechsels ankommt, noch den von uns vorgenommenen Vergleich der deutschen und französischen Untersuchungsdaten. Soweit dies von Übersetzungen überhaupt angenommen werden darf, sind diese für alle Instrumente äquivalent.

Tabelle 1: Paradigmenpräferenz in der Bundesrepublik und in Frankreich (September 1989)*

	BRD	F
Verteilungsorientierung ("materialistisch")	5,6 %	17,8 %
Transitorische Orientierung (Äquipräferenz)	64,2 %	64,6 %
Lebensweise-Orientierung ("post-materialistisch")	30,1 %	17,7 %
	100 % (n = 1897)	100 % (n = 974)**

* Die Daten, auf denen die vorliegende Auswertung basiert, sind im Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Kooperationsprojekt zur begleitenden sozialwissenschaftlichen Untersuchung der deutsch-französischen Brigade in der Bundesrepublik und in Frankreich erhoben worden. Eine Beschreibung der Stichproben und der Datengewinnung findet sich im ersten Beitrag des vorliegenden Bandes auf den Seiten 13 bis 14.

** wegen fehlender Antworten konnte die Präferenz bei n = 140 deutschen und n = 23 französischen Befragten nicht bestimmt werden.

Wie Tabelle 1 zeigt, ist die Struktur der Ergebnisse zur Paradigmenpräferenz deutlich unterschiedlich: während etwa zwei Drittel der befragten Bundesdeutschen und der Franzosen eine transitorische Orientierung zeigen - also gewissermaßen die positiven Aspekte beider Paradigmen gleichermaßen präferieren, sind die paradigmatischen Präferenzen prägnant unterschiedlich verteilt:²⁾

- Verteilungsorientierung ist in Frankreich etwa dreimal so häufig wie in der Bundesrepublik. Hier präferiert nur ein relativ kleiner Anteil der Bevölkerung die traditionell-sozialmarktwirtschaftliche Perspektive vor der eher sozialökologisch-postmaterialistischen;
- die Lebensweise-Orientierung ist in der Bundesrepublik inzwischen erheblich häufiger vertreten als die Verteilungsorientierung;
- in Frankreich gibt es zwei etwa gleichgroße Bevölkerungssegmente, die eher dem traditionellen bzw. dem innovativen Paradigma nahestehen.

4. Paradigmenpräferenz und sicherheitspolitische Orientierung

Unsere seit 1981 durchgeführten Untersuchungen haben gezeigt, daß ein klarer Zusammenhang zwischen den beiden Paradigmen und sicherheitspolitischen Orientierungen in der Bundesrepublik besteht. Die Zusammenfassung einschlägiger Ergebnisse findet sich im Schema 3 (vgl. Kohr und Räder, 1989). Im Hinblick auf unsere Vergleichsuntersuchung ist der Teil B, der sich auf militärische Sicherheit und Streitkräfte bezieht, in erster Linie relevant. Anhand von Indikatoren für zentrale Orientierungen dieser Art wollen wir im folgenden untersuchen, ob sich in Frankreich im wesentlichen die gleichen strukturellen Zusammenhänge zwischen Paradigmenpräferenzen und sicherheitspolitischen Orientierungen finden wie in der Bundesrepublik.

Schema 3: Paradigmatische Orientierungsmuster:
Verteilungsorientierung (tradiert) und Lebensweiseorientierung (innovativ)

Teil A. SOZIAL UND POLITISCH*	
Tradiertes Orientierungsmuster	Innovatives Orientierungsmuster
<p>Betonung von ökonomischer und physischer Sicherheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wirtschaftliches Wachstum; Erwirtschaftung von Gewinnen; öffentliche Ordnung - typische programmatisch-rhetorische Begriffe: Ordnung; Autorität; persönliche Leistung; individuelle Freiheit; Pflichten; 	<p>Betonung von ökologischer und sozialer Sicherheit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beseitigung ökologischer Gefahren und Probleme; weniger unpersönliche Gesellschaft; eventueller Verzicht auf Wachstum/Profit zugunsten ökologischer Sicherheit - typische programmatisch-rhetorische Begriffe: Emanzipation; Selbstverwirklichung; Basis-Demokratie; Gleichheit; Solidarität; Lebensqualität;
Teil B. MILITÄRISCHE SICHERHEIT UND STREITKRÄFTE*	
<ul style="list-style-type: none"> - die Streitkräfte werden als Selbstverständliche Institution des Staates angesehen; - kennzeichnend ist ein eher traditionelles Feindbild (Gefühl der Bedrohung primär durch den Osten); - militärisches Gleichgewicht wird als minimale Voraussetzung für langfristige Friedenssicherung gesehen; - moderne Bewaffnung gilt als notwendig; Abrüstung erscheint als problematisch; einseitige Abrüstung gilt als nicht akzeptabel; - Nuklearwaffen werden als "notwendiges Übel" begriffen; ihr Einsatz gilt als äußerst problematisch; - Wehrdienst: Indifferenz oder Akzeptanz, aber ohne hohe Motivation; öfter Verweis auf die ökonomische Benachteiligung durch dessen Ableistung; 	<ul style="list-style-type: none"> - die Position zu den Streitkräften ist eher ambivalent; sie werden zwar überwiegend akzeptiert, aber auch kritisch betrachtet; - das traditionelle Feindbild ist weniger wichtig; primär ist das Gefühl der Bedrohung durch die in Ost wie in West vorhandenen Overkill-Kapazitäten; - bei der langfristigen Friedenssicherung ist die militärische Stärke von sekundärer Bedeutung; - Abrüstung wird generell befürwortet; einseitige Abrüstung gilt als möglicher Weg; - Abschaffung aller Nuklearwaffen wird gefordert; ihr Einsatz ist keinesfalls tolerabel; - Wehrdienst: Indifferenz oder Ablehnung; Kriegsdienstverweigerung gilt als akzeptabel und wird häufiger präferiert;

* Vereinfachte, aus empirischen Befragungen und Datenanalysen abgeleitete Muster.

Hinter dieser in erster Linie empirischen Fragestellung stehen letztlich theoretisch wie auch politisch bedeutsame Fragen nach dem Zusammenhang von

- gesellschaftlicher Entwicklung (Stichworte: Postmoderne; Risiko-Gesellschaft; Postindustrielle Gesellschaft);
- Entwicklung individuellen Bewußtseins und soziopolitischer Orientierung allgemein;
- Orientierungen gegenüber militärischer, äußerer Sicherheit und Streitkräften insbesondere.

Fokussiert auf den Vergleich zwischen Bundesrepublik und Frankreich ist zu fragen, ob die deutschen Legitimationsprobleme von Sicherheitspolitik und Streitkräften "spezifisch deutsch" sind, d.h. im wesentlichen eine Folge der besonderen politischen und strategischen Situation Deutschlands (BRD und DDR) nach dem Zweiten Weltkrieg, oder ob die Legitimationsprobleme vor allem als Folge gesellschaftlicher Entwicklung und damit verbundener Evolutionstendenzen individuellen und gesellschaftlichen Problembewußtseins zu verstehen sind. Im letzteren Fall wären die Legitimationsprobleme dominanter Sicherheitspolitik und vorherrschender Auffassungen über Sinn und Aufgabe von Streitkräften eine notwendige, gewissermaßen unaufhaltsame Konsequenz gesellschaftlicher Entwicklung. Dann müßten sich in Frankreich, was die Paradigmen und den Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Orientierungen betrifft, ähnliche Strukturen wie in der Bundesrepublik zeigen.

4.1. Befürchtungen eines Angriffs

Im Kontext sicherheitspolitischer Einstellungen, die in dieser Untersuchung erhoben wurden, nimmt die Frage nach den Befürchtungen eines Angriffs eine durchaus problematische Sonderstellung ein. Dies vor allem insofern, als die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung derzeit keine militärische Bedrohung wahrnimmt: die traditionellen Feindbilder haben sich im Zuge der Abrüstung, Entspannung und Verständigung zwischen Ost und West nahezu aufgelöst. Es ist davon auszugehen, daß eine offene Frage nach den Befürchtungen eines Angriffs von der Mehrheit dahingehend beantwortet würde, daß ein militärischer Angriff nicht zu befürchten sei.

Stellt man in dieser Situation trotzdem die Frage "Welche Art von Angriff befürchten Sie am meisten?" und gibt den Befragten die in Tabelle 2 genannten Antwortmöglichkeiten vor, dann richtet sich die Frage nicht auf konkrete Befürchtungen seitens der Bevölkerung, sondern eher auf diffuse, grundsätzliche Befürchtungen, die sich auf die prinzipiell nicht auszuschließende Möglichkeit eines Krieges beziehen. Durch die zusätzlichen Fragen nach der Rangfolge erhält man indirekt Informationen über die Kriegsszenarien, die die Bevölkerung am stärksten schrecken, die prinzipiell als die gefährlichsten angesehen werden.

4.1.1. Vergleich Bundesrepublik - Frankreich

Wie zunächst aus Tabelle 2 und der graphischen Darstellung zu ersehen ist, sehen Deutsche wie Franzosen die größte Gefahr in einem nuklearen Angriff (83 % bzw. 46 %).

Abgesehen von den unterschiedlichen Prozentanteilen besteht Übereinstimmung hinsichtlich der dominanten Schreckensvision. Gefragt nach dem Angriff, der an zweiter Stelle in der Abfolge des Schreckens steht, zeigt sich ein unterschiedliches Muster. Während nahezu die Hälfte der Deutschen (48 %) einen konventionellen Angriff nennt, ist bei den Franzosen mit 36 % ein terroristischer Angriff die in zweiter Position dominante Schreckensvorstellung. An dritter Stelle sind die dominanten Positionen vertauscht: 39 % der Deutschen nennen einen terroristischen Angriff, 33 % der Franzosen einen konventionellen. In der Gesamtverteilung nimmt bei den Deutschen mit 54 % ein Angriff mit ökonomischen Mitteln in den Schreckensvisionen die vierte Position ein, in der französischen Stichprobe ist auch die vierte Position durch die Befürchtung eines konventionellen Angriffs (38 %) geprägt.

Tabelle 2: Befürchtung eines Angriffs bei Bundesdeutschen (D) und Franzosen (F).

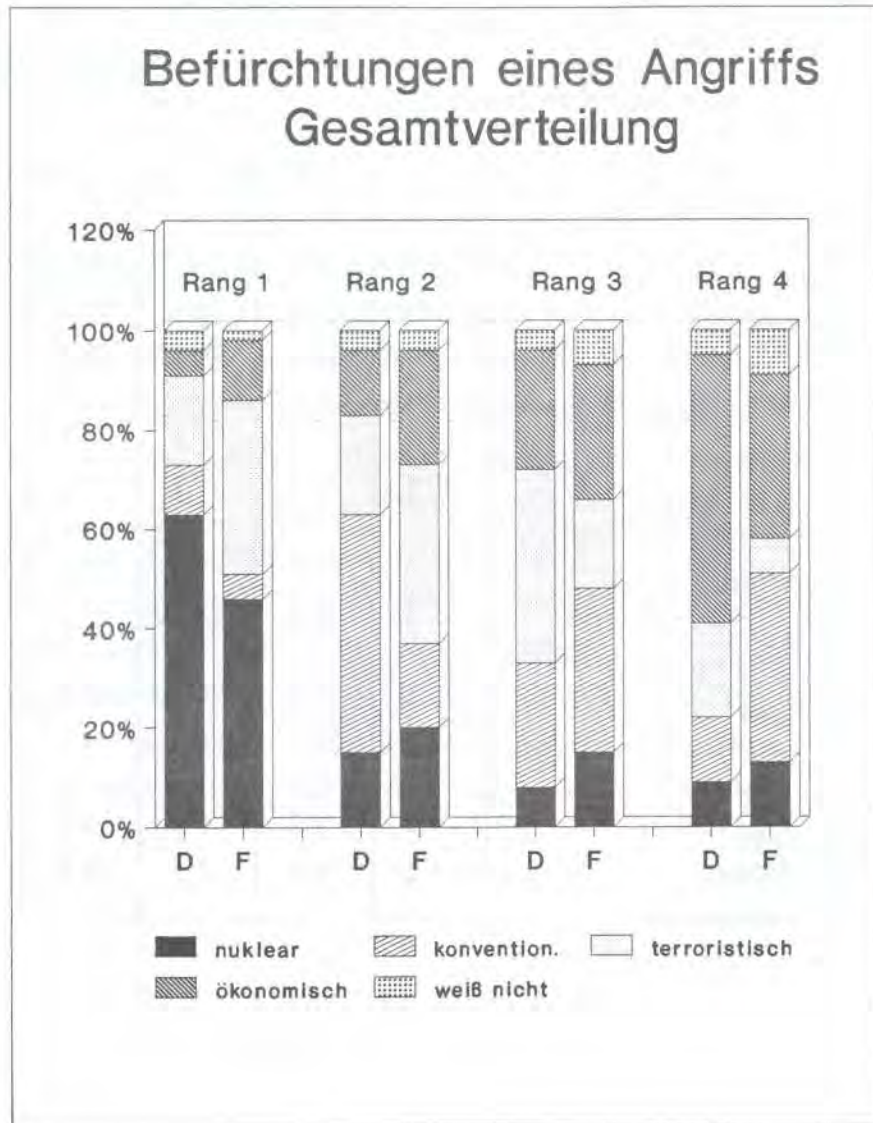
Fragetext: "Welche Art von Angriff befürchten Sie am meisten?
Welche Art von Angriff kommt dann an zweiter Stelle etc.?
Bitte bringen Sie die verschiedenen Angriffsarten in eine Rangfolge von 1 bis 4"

Art des befürchteten Angriffs:		1	2	3	4
konventionell	D	10 %	48 %	25 %	13 %
	F	5 %	17 %	33 %	38 %
nuklear	D	63 %	15 %	8 %	9 %
	F	46 %	20 %	15 %	13 %
terroristisch	D	18 %	20 %	39 %	19 %
	F	35 %	36 %	18 %	7 %
ökonomisch	D	5 %	13 %	24 %	54 %
	F	12 %	23 %	27 %	33 %
weiß nicht keine Antwort	D	4 %	4 %	4 %	5 %
	F	2 %	4 %	7 %	9 %

D : n = 2.037 = 100 %

F : n = 997 = 100 %

Zu Tabelle 2: Graphische Darstellung der Ergebnisse zur Befürchtung eines Angriffs bei Bundesdeutschen (D) und Franzosen (F).



Bislang haben wir untersucht, welche Abfolge die dominanten Schreckensvisionen haben und wie sich diese bei Deutschen und Franzosen unterscheiden. Dabei wurde das Aggregat, d.h. die jeweilige Gesamtstichprobe, herangezogen. Aus dieser Perspektive läßt sich zusammenfassend feststellen, daß sich die dominanten Negativ-Vorstellungen von Deutschen und Franzosen deutlich unterscheiden. Während sich in der Bundesrepublik die Vorstellungen primär gegen einen Krieg mit nuklearen (Rang 1) und konventionellen Waffen (Rang 2) richten, ist die Schreckensvision der Franzosen insgesamt weniger einheitlich und eher geprägt von Vorstellungen, die sich auf Gewalt und Krieg mit "modernen Mitteln" beziehen (Rang 1: nuklearer Angriff; Rang 2: terroristischer Angriff).

Die beschriebenen Muster wurden aus Aggregatdaten erschlossen. Das heißt auch, daß die befragten Einzelpersonen **andere** als die dominanten Muster, also andere Schreckensvorstellungen, aufweisen können. Es ist ferner keineswegs von vorneherein klar, ob überhaupt bestimmte Muster überzufällig häufig auftreten, denn es könnte ja sein, daß die Befragten - zumal die Frage einen hypothetischen Charakter hatte - eher zufällig als systematisch geantwortet haben.

Um dies genauer zu untersuchen, haben wir für jeden einzelnen Befragten die Konfigurationen aus allen vier Antworten bestimmt und deren Häufigkeiten ausgezählt. Die Ergebnisse hierzu zeigt Tabelle 3.

Als erstes Ergebnis ist festzuhalten, daß unter der Vielzahl möglicher Konfigurationen nur wenige bei mindestens 5 % der Befragten auftreten. In der bundesdeutschen Stichprobe sind es nur 4 Konfigurationen, in der französischen immerhin 7, die insgesamt jeweils etwa 60 % aller Befragten aufweisen (siehe Tabelle 3, Teil A).

Tabelle 3: Dominante Konfigurationen von Angriffsbefürchtungen in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F)

A) Konfigurationen, gebildet aus allen vier Antworten d.h. VOLLSTÄNDIGE RELEVANZABFOLGE*

n : nuklear
k : konventionell
t : terroristisch
ö : ökonomisch

	D	F
1) - n, k, ö, t	13 %	-- **
2) - n, k, t, ö	31 %	8 %
3) - n, t, k, ö	10 %	14 %
4) - n, t, ö, k	--	12 %
5) - t, n, k, ö	5 %	7 %
6) - t, n, ö, k	--	8 %
7) - t, ö, k, n	--	6 %
8) - t, ö, n, k	--	8 %
Ausschöpfung	59 %	63 %

* Im Interesse der Übersichtlichkeit werden nur die Konfigurationen genannt, die bei mindestens 5 % der Befragten aufgetreten sind. Theoretisch können 24 Kombinationen erscheinen.

** Lesebeispiel:
13 % der befragten Deutschen, aber weniger als 5 % der Franzosen, befürchten relativ am stärksten einen nuklearen Angriff, dann einen konventionellen, einen ökonomischen und schließlich, auf Rang 4, einen terroristischen Angriff.

Daraus läßt sich erkennen, daß die Schreckensvisionen der Bundesdeutschen erheblich einheitlicher als die der Franzosen sind. Vergleicht man nun die Auftretenshäufigkeiten der einzelnen Konfigurationen miteinander, so wird ferner deutlich, daß die Vorstellungen sich auch inhaltlich unterscheiden, und zwar im Sinne der oben für die Aggregatdaten beschriebenen Tendenz. Die Konfigurationen, in denen "nuklear" und "konventionell" an den ersten beiden Positionen in der Relevanzabfolge stehen, sind in der Bundesrepublik mit 45 % fast viermal so häufig wie in Frankreich (12 %; vgl. Tabelle 3, Teil B). Demgegenüber treten die Konfigurationen, in denen Schreckensvisionen des Nuklearkriegs in Kombination mit denen des Terrorismus oder ökonomischer Gewalt gekoppelt sind, in Frankreich erheblich häufiger als in der Bundesrepublik auf.

Tabelle 3: Dominante Konfigurationen von Angriffsbefürchtungen in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F) am stärksten und zweitstärksten gefürchteten Angriffsarten

B) Konfigurationen, gebildet auf die Antworten nach der am stärksten und am zweitstärksten gefürchteten Angriffsart*

Konfigurationen**	D	F
1) - nuklear, konventionell	45 %	12 %
2) - nuklear, terroristisch	15 %	27 %
3) - nuklear, ökonomisch	--	7 %
4) - terroristisch, nuklear	7 %	15 %
5) - terroristisch, ökonomisch	8 %	15 %
6) - konventionell, nuklear	7 %	--
7) - ökonomisch, terroristisch	--	7 %
Abschöpfung	82 %	83 %

* Theoretisch können 12 unterschiedliche Konfigurationen auftreten.

** Im Interesse der Übersichtlichkeit werden nur die Konfigurationen genannt, die bei mindestens 5 % der Befragten aufgetreten sind.

4.1.2. Politische Paradigmen und Angriffsfurcht in der Bundesrepublik und in Frankreich

Mit dem traditionellen politischen Paradigma sind unter anderem assoziiert: hohe Wertschätzung von Stabilität und sozialer Ordnung, positive Einschätzungen der Kalkulierbarkeit sozialer Interaktionen, der Bedeutung des Kampfes gegen Kriminalität, der Relevanz physischer Sicherheit. Terroristische Gewalt mit ihrem anarchischen Charakter repräsentiert hier gewissermaßen ein negatives Spiegelbild zur Idee des normalen, geordneten, alltäglichen Lebens. Vor dem Hintergrund dieser mit dem Verteilungsparadigma verbundenen Orientierungs- und Interpretationsmuster ist zu erwarten, daß die Schreckensvision eines Terrorangriffs häufiger unter der Verteilungs- als unter der transitorischen und der Lebensweiseorientierung auftritt.

Wie Tabelle 4 zeigt, trifft dies sowohl für die Bundesdeutschen als auch für die Franzosen zu (D : V = 30 %; L = 15 %/F : V = 46 %; L = 35 %). Für die befragten Franzosen gilt im übrigen, daß die Furcht vor einem terroristischen Angriff bei Verteilungsorientierten sogar die Furcht vor einem nuklearen Angriff (34 %) übersteigt.

Das Paradigma der Lebensweise ist wesentlich durch ökologische Perspektiven und Interpretationen bestimmt. Die Nuklearenergie

jeglicher Form repräsentiert in diesem Paradigma das Symbol für unkalkulierbares Risiko und Gefahr, und der Atompilz steht als Bild für das Ende allen Lebens. Es ist daher zu erwarten, daß unter der Lebensweiseorientierung ein nuklearer Angriff die dominante Schreckensvision darstellt, und daß diese Vision häufiger bei Lebensweise- als bei Verteilungsorientierten auftritt. Die Daten bestätigen diese Erwartungen:

- unter Lebensweiseorientierten Bundesdeutschen wie Franzosen wird ein nuklearer Angriff am häufigsten an erster Stelle gefürchtet (D : L = 65 %, F : L = 44 %);
- und diese Befürchtung ist bei Lebensweiseorientierten deutlich stärker als bei Verteilungsorientierten (D : V = 52 %; L = 65 %/ F : V = 34 %; L = 44 %).

Tabelle 4: Paradigmenpräferenz und Befürchtungen eines Angriffs bei Bundesdeutschen (D) und Franzosen (F).

An erster Stelle genannte Befürchtungen und Paradigmenpräferenz

(V = Verteilungsorientierung)
(T = transitorische Orientierung)
(L = Lebensweise-Orientierung)

Art des befürchteten Angriffs:		V	T	L
konventionell	D	8 %	10 %	9 %
	F	6 %	5 %	4 %
nuklear	D	52 %	65 %	65 %
	F	34 %	50 %	44 %
terroristisch	D	30 %	18 %	15 %
	F	46 %	33 %	35 %
ökonomisch	D	5 %	5 %	5 %
	F	14 %	11 %	14 %
weiß nicht, keine Antwort	D	5 %	2 %	6 %
	F	--	1 %	3 %

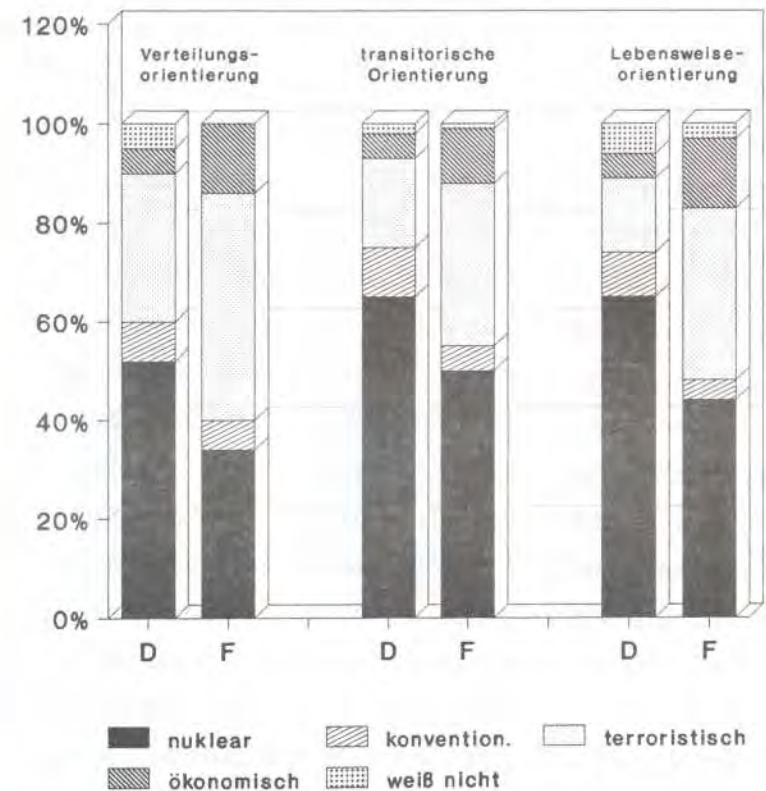
Pro Spalte ergeben die gerundeten Prozentzahlen 100 %.

* Zum Fragetext siehe Tabelle 2.

Zu Tabelle 4: Graphische Darstellung der Ergebnisse zu Paradigmenpräferenzen und Befürchtungen eines Angriffs bei Bundesdeutschen (D) und Franzosen (F).

An erster Stelle genannte Befürchtungen und Paradigmenpräferenz

Befürchtungen eines Angriffs An erster Stelle genannt



4.2. Akzeptanz von Verteidigung unter verschiedenen Bedingungen/ Risiken

Die Erfahrung in der empirischen Sozialforschung zeigt immer wieder, daß die Frage nach der Akzeptanz eines problematischen, mit ökonomischen, physischen oder psychischen Kosten verbundenen Sachverhalts insofern schwierig ist, als die Befragten in solchen Fällen zur (meist unbewußten) Negation oder zur Verdrängung der mit dem Sachverhalt verbundenen Risiken tendieren. Verteidigung mit militärischen Mitteln wird heute - zumindest in den hochindustrialisierten Gesellschaften mit hohem Grad an Komplexität und Interdependenz von sozialen und politischen Vorgängen - als äußerst riskant und bedrohlich erlebt. Und mit dem prinzipiell möglichen Einsatz von Nuklearwaffen wird häufig die Vorstellung von der Apokalypse, vom Ende der Welt oder zumindest der Menschheit assoziiert. In diesem psychischen Kontext ist die Frage nach der Akzeptanz von Verteidigung dann im Sinne von Naivität falsch gestellt, wenn in der Frage auf die Spezifikation der Bedingungen, unter denen verteidigt werden soll (und somit auf die implizite Angabe der damit verbundenen Risiken), verzichtet wird. Eine für politische Planung verwertbare Aussage über die Akzeptanz von Verteidigung durch die Bevölkerung bedarf demnach nicht nur einer einzelnen Frage, sondern vielmehr einer Fragefolge, in der die Bedingungen bzw. Risiken der Verteidigung von Frage zu Frage genauer spezifiziert werden, um so das prinzipielle Risiko den Befragten in

Erinnerung zu bringen, d.h. Negation und Verdrängung der Risiken zu erschweren. Wir haben dazu eine Folge von drei Fragen benutzt (siehe Tabelle 5, Teil 1), die sich bereits in zahlreichen Untersuchungen des SOWI seit Ende der 70er Jahre bewährt hat und seinerzeit von einem Forschungsteam des SOWI unter Bezug auf die oben kurz dargelegten Überlegungen entwickelt wurde. Diese drei Fragen, die sich auf die Akzeptanz der Verteidigung unter zunehmendem Risiko für das Land bzw. die Bevölkerung des Verteidigers beziehen, ergänzt eine Frage nach der Akzeptanz von Verteidigung auch für den Fall, daß Atomwaffen auch auf dem Gebiet des Angreifers eingesetzt werden müssen.

Tabelle 5: Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F) unter verschiedenen Bedingungen/Risiken

Teil 1: BEDINGUNGEN/Fragetexte

B 1: ALLGEMEINE FORMULIERUNG.

Fragetext:*

"Sind Sie der Ansicht, daß sich die Bundesrepublik Deutschland einem militärischen Angriff auf ihr Gebiet mit Waffengewalt widersetzen sollte?"

B 2: AUCH FALLS KRIEG AUF EIGENEM TERRITORIUM.

Fragetext:

"Sind Sie in jedem Fall für eine Verteidigung der Bundesrepublik gegen einen militärischen Angriff, auch wenn der Krieg vor allem auf dem Gebiet der Bundesrepublik ausgetragen würde?"

B 3: AUCH FALLS NUKLEARWAFFENEINSATZ AUF EIGENEM TERRITORIUM.

Fragetext:

"Sind Sie für eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik, auch wenn dazu Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik eingesetzt werden müssen?"

B 4: AUCH FALLS NUKLEARWAFFENEINSATZ AUF TERRITORIUM DES ANGREIFERS.

Fragetext:

"Sind Sie für eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik, auch wenn dazu Atomwaffen auf dem Gebiet des Angreifers eingesetzt werden müssen?"

* in der französischen Befragung wurden die Fragetexte entsprechend unter dem Bezug auf Frankreich formuliert.

Tabelle 5: Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F) unter verschiedenen Bedingungen/Risiken

Teil 2: Befragungsergebnisse für die Gesamt-Stichproben

B 1: ALLGEMEINE FORMULIERUNG

B 2: AUCH FALLS KRIEG AUF EIGENEM TERRITORIUM

B 3: AUCH FALLS NUKLEARWAFFENEINSATZ AUF EIGENEM TERRITORIUM

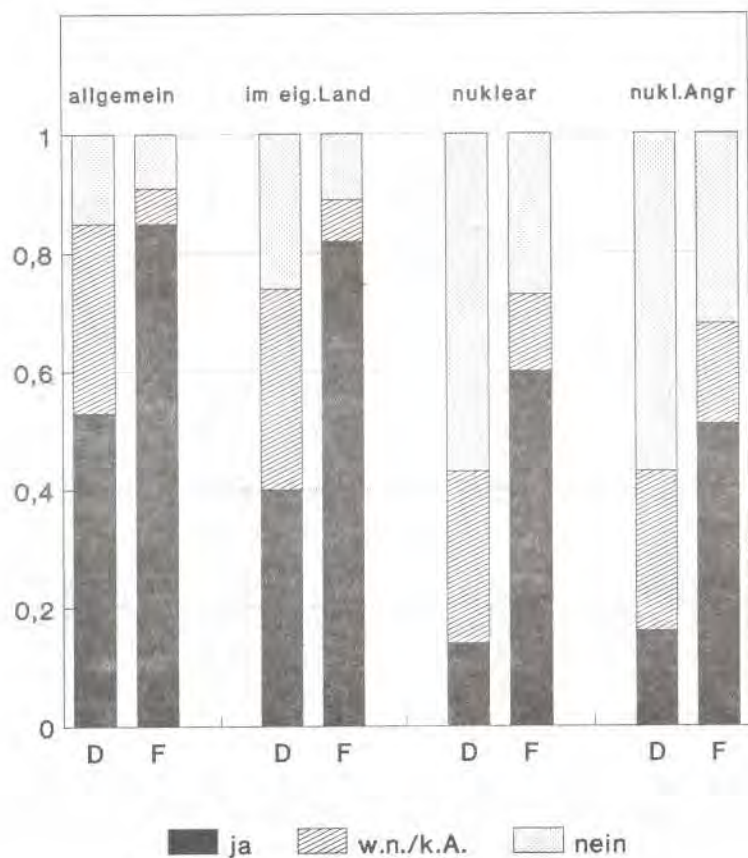
B 4: AUCH FALLS NUKLEARWAFFENEINSATZ AUF TERRITORIUM DES ANGREIFERS

		D	F	
JA	B 1:	53 %	85 %	*
	B 2:	40 %	82 %	
	B 3:	14 %	60 %	
	B 4:	16 %	51 %	
NEIN	B 1:	15 %	9 %	
	B 2:	26 %	11 %	
	B 3:	57 %	27 %	
	B 4:	57 %	32 %	
WEISS NICHT KEINE ANTWORT	B 1:	32 %	6 %	
	B 2:	34 %	7 %	
	B 3:	29 %	13 %	
	B 4:	27 %	17 %	

* je Bedingung (B 1 - B 4) ergeben sich 100 % durch Addition der Prozentanteile von "JA", "NEIN" und WEISS NICHT", im Beispiel also 85 % + 9 % + 6 %.

Zu Tabelle 5: Graphische Darstellung der Ergebnisse zur Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F) unter verschiedenen Bedingungen/Risiken

Akzeptanz militärischer Verteidigung Vergleich Bundesrepublik-Frankreich



4.2.1. Akzeptanz von Verteidigung: Vergleich Bundesrepublik und Frankreich

Wie Tabelle 5, Teil 2 bereits auf den ersten Blick zeigt, besteht der wohl markanteste Unterschied darin, daß das Niveau der Akzeptanz von Verteidigung bei den Franzosen erheblich höher ist als bei den Bundesbürgern. Dies gilt durchgängig für alle vier Fragen, besonders bemerkenswert ist aber, daß sich der bereits bei den ersten beiden Fragen schon beträchtliche Unterschied (allgemeine Akzeptanzfrage: D : 53 %; F : 85 % / Akzeptanz auch bei Krieg auf eigenem Territorium D : 40 %; F : 82 %) bei der Frage nach der Akzeptanz von Verteidigung unter Einschluß des nuklearen Risikos noch beträchtlich verstärkt (Akzeptanz auch bei Nuklearwaffeneinsatz auf eigenem Territorium: D : 14 %; F : 60 % / Akzeptanz auch bei Nuklearwaffeneinsatz auf dem Territorium des Angreifers: D : 16 %; F : 51 %).

Auch in der Ablehnung der Verteidigung unter den vorgegebenen Bedingungen/Risiken zeigt sich ein sehr deutlicher Unterschied zwischen Bundesdeutschen und Franzosen, der zwar symmetrisch zu den Akzeptanzergebnissen, aber etwas weniger markant ist. Dies erklärt sich wohl damit, daß die Quote der bundesdeutschen Befragten, die unentschieden bzw. reserviert mit "weiß nicht" reagiert haben, bei allen vier Fragen mit etwa 30 % erheblich höher ist als bei den Franzosen. Betrachtet man die Antwortstrukturen bei den beiden

letzten Fragen (Implikation des nuklearen Risikos) genauer, so ist allerdings auch bei den Franzosen eine größere Verunsicherung bzw. Reserviertheit erkennbar. Aus diesem Grunde sind wohl die Unterschiede zwischen Bundesdeutschen und Franzosen bei der Ablehnung der vier Fragen weit weniger prägnant als bei der Akzeptanz.

Wie die Analyse der Antwortkonfigurationen (Tabelle 6) verdeutlicht, ist letztlich entscheidend für die unterschiedliche Akzeptanz bei Bundesbürgern und Franzosen die Position zur Verteidigung bei Implikation nuklearen Risikos (siehe Tabelle 6, Teil 2). Hier sind die Ergebnisse der Befragung in der Bundesrepublik und in Frankreich gegensätzlich:

- während nahezu die Hälfte der befragten Franzosen die Verteidigung auch bei nuklearem Risiko akzeptieren würde, sind nur etwa 10 % der Bundesbürger dazu bereit;
- explizit gegen Verteidigung beim Einsatz von Nuklearwaffen ist etwa die Hälfte der Bundesbürger, aber nur etwa ein Viertel der Franzosen.

Tabelle 6: Dominante Konfigurationen der Akzeptanz von Verteidigung unter verschiedenen Bedingungen/Risiken.
D: Bundesrepublik; F: Frankreich

- B 1: ALLGEMEINE VERTEIDIGUNGSBEREITSCHAFT
- B 2: AUCH FALLS KRIEG AUF EIGENEM TERRITORIUM
- B 3: AUCH FALLS NUKLEARWAFFENEINSATZ AUF EIGENEM TERRITORIUM
- B 4: AUCH FALLS NUKLEARWAFFENEINSATZ AUF TERRITORIUM DES ANGREIFERS

Teil 1: DOMINANTE VOLLSTÄNDIGE AKZEPTANZMUSTER, gebildet aus den Antworten der Befragten auf alle vier Risiko-Vorgaben (B 1 - B 4)*

- 1 : JA
- 2 : NEIN
- 3 : WEISS NICHT

	D	F	
1) - 1 1 1 1	10 %	42 %	**
2) - 1 1 2 2	16 %	14 %	
3) - 3 3 3 3	15 %	--	
4) - 2 2 2 2	12 %	--	
5) - 1 1 1 2	--	8 %	
6) - 1 1 3 3	--	5 %	
7) - 3 2 2 2	5 %	--	
8) - 1 2 2 2	5 %	--	
9) - 3 3 2 2	5 %	--	
Ausschöpfung		68 %	69 %

* Von den 81 theoretisch möglichen Konfigurationen wurden im Interesse der Übersichtlichkeit nur die aufgeführt, die bei mindestens 5 % der Befragten aufgetreten sind; der Strich steht für eine Häufigkeit unter 5 %.

** Lesebeispiel:

10 % der befragten Bundesdeutschen, aber 42 % der Franzosen akzeptieren die Verteidigung mit militärischen Mitteln unter allen vorgegebenen Bedingungen/Risiken, also auch unter denen des Einsatzes von Nuklearwaffen auf dem eigenen Territorium und dem des Angreifers.

Tabelle 6: Akzeptanz von Verteidigung bei Einsatz von Nuklearwaffen

Teil 2: VOLLSTÄNDIGE AKZEPTANZMUSTER, gebildet aus den Antworten der Befragten auf die Risiko-Vorgaben B 3 und B 4

- 1 : JA
- 2 : NEIN
- 3 : WEISS NICHT

	Dominante Muster:			
	D	F	D	F*
1) - 1 1	11 %	45 %	11 %	45 %
2) - 2 2	50 %	22 %	50 %	22 % **
3) - 3 3	21 %	11 %	21 %	11 %
4) - 1 2	1 %	10 %	--	10 %
5) - 1 3	1 %	5 %	--	5 %
6) - 2 1	3 %	4 %	--	--
7) - 2 3	5 %	1 %	5 %	--
8) - 3 1	2 %	1 %	--	--
9) - 3 2	6 %	1 %	6 %	--
Summe	100 %	100 %	93 %	93 %

* Dominante Muster, d.h. Konfigurationen, die bei mindestens 5 % der Befragten aufgetreten sind.

** Lesebeispiel:

50 % der befragten Bundesdeutschen, aber nur 22 % der Franzosen, akzeptieren eine Verteidigung nicht, bei der auf eigenem Territorium und auf dem des Angreifers Nuklearwaffen zum Einsatz kommen.

4.2.2. Paradigmenpräferenz und Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik und in Frankreich

Im Vergleich zum Lebensweiseparadigma wird in dem der Verteilung die Ordnung, der Erhalt des Bestehenden und des (auch im materiellen Sinne) Erreichten stärker betont: es gilt, die eigene, ideell wie wirtschaftlich anderen Formen vorzuziehende Lebens- und Gesellschaftsform zu bewahren und zu beschützen. Diese Sichtweise hat - wie unsere empirischen Ergebnisse zeigen - weitere Implikationen: Dazu sind unter anderem starke Streitkräfte erforderlich. Und es wird als relativ selbstverständliches Erfordernis begriffen, daß der einzelne Bürger seinen finanziellen Beitrag leistet und nötigenfalls zum Dienen, z.B. im Rahmen der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht, bereit ist. Mit dem Verteilungsparadigma verbindet sich also eine vergleichsweise positive Einstellung zu den Streitkräften und eine grundsätzlich höhere Akzeptanz von Verteidigung, und zwar auch dann, wenn damit das Risiko des Einsatzes von Nuklearwaffen impliziert sein sollte.

Insbesondere hinsichtlich der Bereitschaft zur Akzeptanz des nuklearen Risikos unterscheiden sich Lebenweiseorientierte von Verteilungsorientierten. Da für erstere der Einsatz von Nuklearwaffen stets mit allgemeiner Lebensbedrohung und der Wahrscheinlichkeit des wechselseitigen Auslöschens der Existenz von Verteidiger und Angreifer verbunden ist, wird der Einsatz von Nuklearwaffen zu

Verteidigungszwecken bei Lebenweiseorientierten auf jeden Fall weniger Akzeptanz finden als bei Verteilungsorientierten.

Die Verteilung von Akzeptanz, Ablehnung und Meinungsunsicherheit zeigt Tabelle 7 in den Teilen 1 bis 3. Die Daten bestätigen insgesamt klar die Erwartungen:

- in Frankreich wie in der Bundesrepublik gilt für jede der vier Bedingungen/Risiken, daß die Akzeptanz von Verteidigung bei den Befragten mit Präferenz für das Verteilungsparadigma erheblich höher ist als für Befragte mit Präferenz für das Paradigma der Lebenweise (nur in einem Fall liegt der Prozent-Differenzwert zwischen V und L unter 10 %);
- in Frankreich wie in der Bundesrepublik besteht ein deutlicher Abstand zwischen der Akzeptanz von Verteidigung mit konventionellen Mitteln und der Akzeptanz im Fall des Einsatzes von Atomwaffen. Der Unterschied zwischen Bundesdeutschen und Franzosen ist bei diesen vorgestellten Szenarien, besonders aber im hypothetischen Fall des Nuklearwaffeneinsatzes auf eigenem Territorium, sehr deutlich (siehe Tabelle 7, Teil 1, B 3 - D : V = 24 %; L = 10 % / F : V = 66 %; L = 53 %);
- bei der Ablehnung von Verteidigung (Tabelle 7, Teil 2) entsprechen die Daten für die befragten Deutschen eindeutig der Erwartung. Bei den Franzosen stimmen die Daten zwar in der Tendenz ebenfalls mit der Erwartung überein, die Ergebnisstrukturen sind aber weit weniger prägnant;

- dies mag damit zusammenhängen, daß sich die Ergebnisstrukturen bezüglich der Meinungsunsicherheiten (Tabelle 7, Teil 3) quasi spiegelbildlich zu denen darstellen, die sich hinsichtlich der Ablehnung ergeben haben. Hier folgen die Daten für die Franzosen eindeutig dem Muster, das oben unter Akzeptanz von Verteidigung beschrieben wurde: die jeweils deutlich größere Unsicherheit findet sich bei Lebensweiseorientierten. Bei den bundesdeutschen Befragten zeigt sich dieses Muster zwar für die Fragen nach Akzeptanz von Verteidigung unter nuklearem Risiko, aber nicht für die beiden anderen Fragen. Der Anteil der Meinungsunsicherheit liegt hier - gleichbleibend für alle Paradigmen-Gruppen - bei etwa 30 %.

Tabelle 7: Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F) unter verschiedenen Bedingungen/ Risiken

Teil 1: Bejahung von Verteidigung durch Befragte mit Präferenz für - Verteilungsparadigma (V);
 - Lebensweise-Paradigma (L).
 - Transitorische, gemischte Präferenz (T)

		D	F	
B 1: ALLGEMEINE VERTEIDIGUNGS- BEREITSCHAFT**	V	59 %	93 %	*
	T	57 %	87 %	
	L	51 %	79 %	
B 2: AUCH FALLS KRIEG AUF EIGENEM TERRITORIUM	V	51 %	89 %	
	T	44 %	83 %	
	L	36 %	76 %	
B 3: AUCH FALLS NUKLEARWAFFEN- EINSATZ AUF EIGENEM TERRITORIUM	V	24 %	66 %	
	T	15 %	62 %	
	L	10 %	53 %	
B 4: AUCH FALLS NUKLEARWAFFEN- EINSATZ AUF TERRITORIUM DES ANGREIFERS	V	32 %	59 %	
	T	17 %	52 %	
	L	14 %	42 %	

* je Bedingung (B 1 - B 4) und je Paradigmenpräferenz (V, T, L) ergeben sich 100 % durch Addition der entsprechenden Prozentsätze im Teil 3, Teil 4, und Teil 5 (d.h. "JA", "NEIN" und "WEISS NICHT") der Tabelle. In der markierten Zeile sind dies 59 % + 12 % + 29 % (D) bzw. 93 % + 6 % + 1 % (F).

** die Fragetexte finden sich in Tabelle 5, Teil 1.

Tabelle 7: Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F) unter verschiedenen Bedingungen/Risiken

Teil 2: Ablehnung von Verteidigung durch Befragte mit Präferenz für
 - Verteilungsparadigma (V);
 - Lebensweise-Paradigma (L).
 - Transitorische, gemischte Präferenz (T)

		D	F
B 1: ALLGEMEINE VERTEIDIGUNGS- BEREITSCHAFT	V	12 %	6 %
	T	14 %	9 %
	L	21 %	13 %
B 2: AUCH FALLS KRIEG AUF EIGENEM TERRITORIUM	V	19 %	7 %
	T	24 %	12 %
	L	35 %	12 %
B 3: AUCH FALLS NUKLEARWAFFEN- EINSATZ AUF EIGENEM TERRITORIUM	V	43 %	27 %
	T	58 %	26 %
	L	68 %	30 %
B 4: AUCH FALLS NUKLEARWAFFEN- EINSATZ AUF TERRITORIUM DES ANGREIFERS	V	40 %	28 %
	T	59 %	33 %
	L	66 %	32 %

Tabelle 7: Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F) unter verschiedenen Bedingungen/Risiken

Teil 3: Meinungsunsicherheiten* zur Frage nach Verteidigung bei Befragten mit Präferenz für
 - Verteilungsparadigma (V);
 - Lebensweise-Paradigma (L).
 - Transitorische, gemischte Präferenz (T)

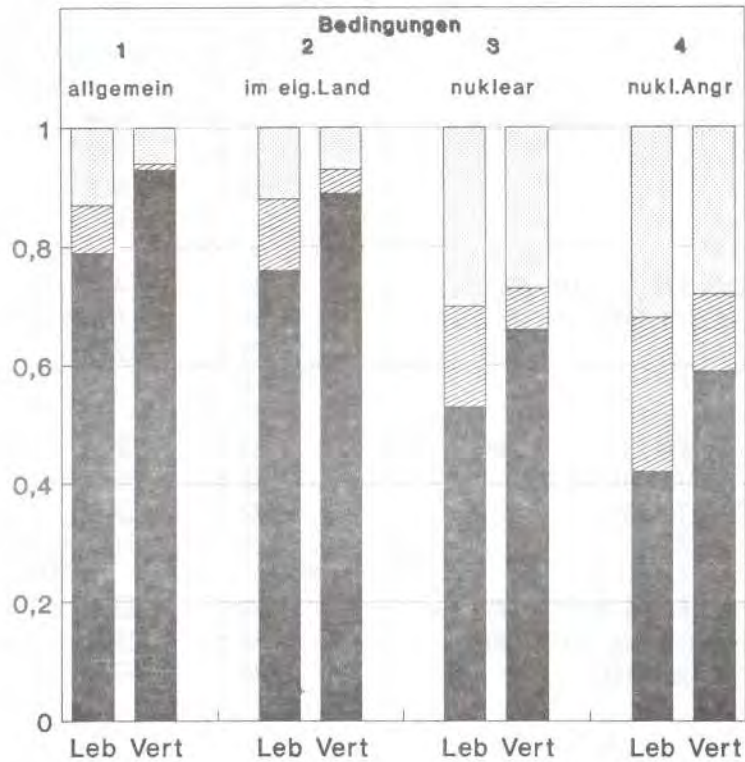
		D	F
B 1: ALLGEMEINE VERTEIDIGUNGS- BEREITSCHAFT	V	29 %	1 %
	T	29 %	4 %
	L	28 %	8 %
B 2: AUCH FALLS KRIEG AUF EIGENEM TERRITORIUM	V	30 %	4 %
	T	32 %	5 %
	L	29 %	12 %
B 3: AUCH FALLS NUKLEARWAFFEN- EINSATZ AUF EIGENEM TERRITORIUM	V	33 %	7 %
	T	27 %	12 %
	L	22 %	17 %
B 4: AUCH FALLS NUKLEARWAFFEN- EINSATZ AUF TERRITORIUM DES ANGREIFERS	V	28 %	13 %
	T	24 %	15 %
	L	20 %	26 %

* WEISS NICHT, KEINE ANTWORT

Zu Tabelle 7: Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F) unter verschiedenen Bedingungen/Risiken

Graphische Darstellung der Ergebnisse
Paradigmenvergleich Frankreich

Akzeptanz militärischer Verteidigung Frankreich: Lebensweise vs. Verteilung

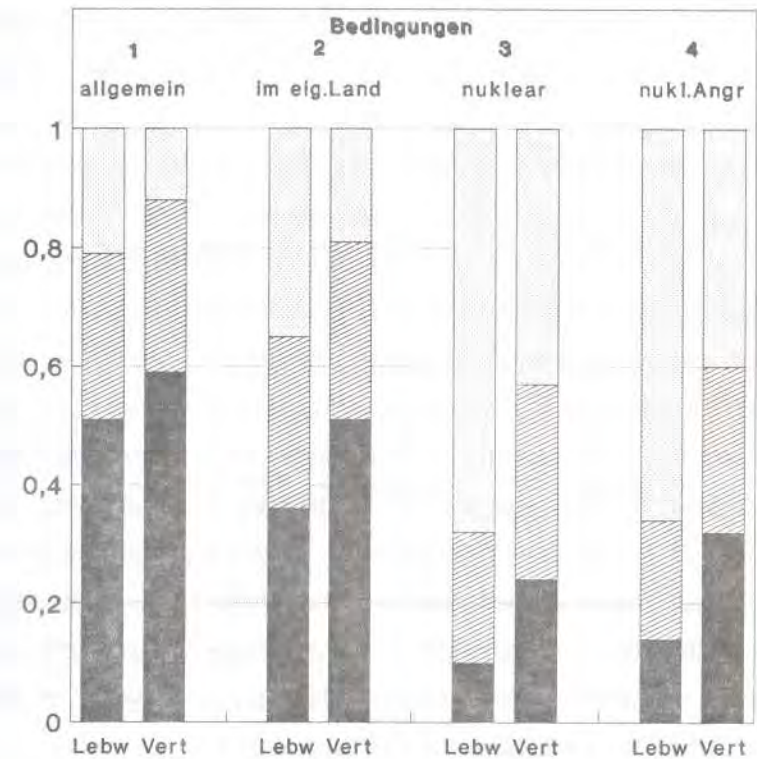


ja w.n./k.A. nein

Zu Tabelle 7: Akzeptanz von Verteidigung in der Bundesrepublik (D) und in Frankreich (F) unter verschiedenen Bedingungen/Risiken

Graphische Darstellung der Ergebnisse
Paradigmenvergleich Bundesrepublik

Akzeptanz militärischer Verteidigung Deutschland: Lebensweise vs. Verteilung



ja w.n./k.A. nein

4.3. Positionen zur Strategie der nuklearen Abschreckung und zur taktischen nuklearen Bewaffnung

Die vier bereits behandelten Fragen zur Akzeptanz von Verteidigung bezogen sich sowohl auf die generelle Akzeptanz von Verteidigung ohne Spezifikation des nuklearen Risikos als auch auf die Einschätzung der Befragten für den Fall, daß Nuklearwaffen auf dem eigenen Territorium bzw. dem eines Angreifers eingesetzt werden müßten. Mit den beiden letztgenannten Aspekten ist - wenn auch eher implizit - bereits die Frage nach der Akzeptanz einer nuklearen Abschreckungsstrategie angesprochen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Nuklearwaffen für die westliche Verteidigungsstrategie allgemein und die der NATO insbesondere ist ferner jedoch Information darüber erforderlich, wie die Bevölkerung vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und sicherheitspolitischen Ereignisse und Veränderungen in Europa zur nuklearen Abschreckungsstrategie steht. Ein Teil dieser Strategie besteht darin, erforderlichenfalls auch nukleare Gefechtsfeldwaffen einzusetzen. Insbesondere diese Option wird in der öffentlichen Diskussion der jüngeren Zeit kontrovers behandelt. In die Untersuchung wurden deshalb zwei Fragen einbezogen, die sich direkt auf die nukleare Abschreckungsstrategie beziehen. Die erste Frage thematisiert die Akzeptanz nuklearer Abschreckung allgemein, die zweite spricht direkt die taktische nukleare Bewaffnung an.

4.3.1. Akzeptanz nuklearer Abschreckung: Vergleich Bundesrepublik - Frankreich

Die bislang referierten Ergebnisse zur Frage der Akzeptanz von Verteidigung unter verschiedenen Bedingungen haben gezeigt, daß das Akzeptanzniveau in Frankreich generell erheblich höher liegt als in der Bundesrepublik. Dies gilt vor allem für den Fall der Implikation eines nuklearen Risikos. Folglich ist zu erwarten, daß die Ergebnisstrukturen zur direkten Frage nach der Akzeptanz nuklearer Abschreckung davon nicht wesentlich abweichen.

Eine erste, grobe Information hierzu liefern die Prozentanteile in der Spalte "Gesamt" der Tabelle 8. Sie bestätigt die bisherigen Ergebnisse:

- der Anteil derer, die die nukleare Abschreckungsstrategie befürworten, ist unter den befragten Franzosen mit 58 % mehr als doppelt so groß wie unter den Bundesbürgern (26 %);
- auch in Frankreich gibt es allerdings einen mit 31 % erheblichen Anteil von Gegnern dieser Strategie (Bundesrepublik: 46 %);
- die befragten Franzosen sind in ihrem Urteil für bzw. gegen diese Strategie entschiedener (F : 11 % "weiß nicht"; D : 28 %);
- sowohl Deutsche als auch Franzosen sind hinsichtlich taktischer nuklearer Bewaffnung erheblich skeptischer. Akzeptiert wird diese nur von 36 % der Franzosen und von 16 % der Deutschen;

- gegen taktische nukleare Bewaffnung spricht sich etwa jeweils die Hälfte der befragten Deutschen und Franzosen aus;
- bezüglich der Urteilsentschiedenheit/Meinungsunsicherheit entsprechen die Ergebnisse ungefähr denen, die sich bei der Frage nach der Akzeptanz der nuklearen Abschreckungsstrategie ergeben haben.

Tabelle 8: Paradigmen-Präferenzen und Position der Bundesbürger (D) und Franzosen (F) zur nuklearen Absicherungsstrategie (A) und zur taktischen nuklearen Bewaffnung (B)

(V : Verteilungsorientierung)
 (T : Transitorische Orientierung)
 (L : Lebensweiseorientierung)

- A. "Wie stehen Sie zu einer nuklearen Abschreckungsstrategie, die den Angreifer in seinem Land bedroht, um ihn von einem Angriff abzuhalten?"
- B. "Wie stehen Sie zu einer taktischen nuklearen Bewaffnung - das sind nukleare Gefechtsfeldwaffen -, die die konventionellen Streitkräfte in einem möglichen Krieg in Europa unterstützen soll?"

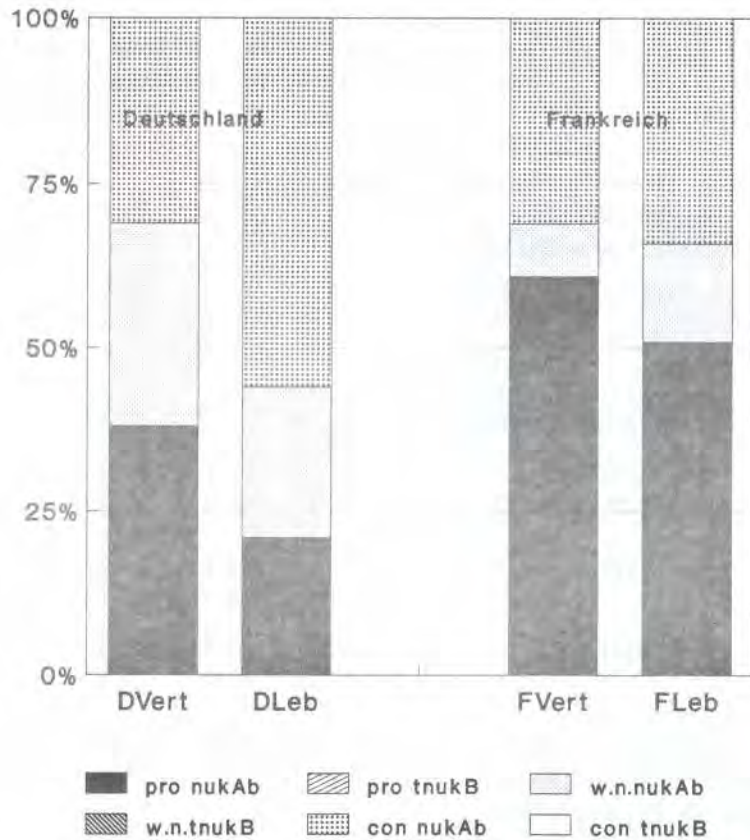
		V	T	L	Gesamt
A : FÜR STRATEGIE DER NUKLEAREN ABSCHRECKUNG	D	38 %	28 %	21 %	26 %
	F	61 %	59 %	51 %	58 %
B : FÜR TAKTISCHE NUKLEARE BEWAFFNUNG	D	28 %	17 %	12 %	16 %
	F	41 %	39 %	24 %	36 %
A : GEGEN STRATEGIE DER NUKLEAREN ABSCHRECKUNG	D	31 %	42 %	56 %	46 %
	F	31	31 %	34 %	31 %
B : GEGEN TAKTISCHE NUKLEARE BEWAFFNUNG	D	36 %	50 %	63 %	53 %
	F	46 %	48 %	56 %	49 %
A : WEISS NICHT	D	31 %	30 %	23 %	28 %
	F	8 %	10 %	15 %	11 %
B : WEISS NICHT	D	36 %	33 %	25 %	31 %
	F	13 %	13 %	20 %	15 %

Zur Prozentierung: 100 % ergeben sich durch Addition der Spaltenprozente je Frage und Befragungsland; die Prozentwerte sind also zeilenweise zu vergleichen.

Zu Tabelle 8: Paradigmen-Präferenzen und Position der Bundesbürger (D) und Franzosen (F) zur nuklearen Absicherungsstrategie (A) und zur taktischen nuklearen Bewaffnung (B)

Graphische Darstellung (Frage A)

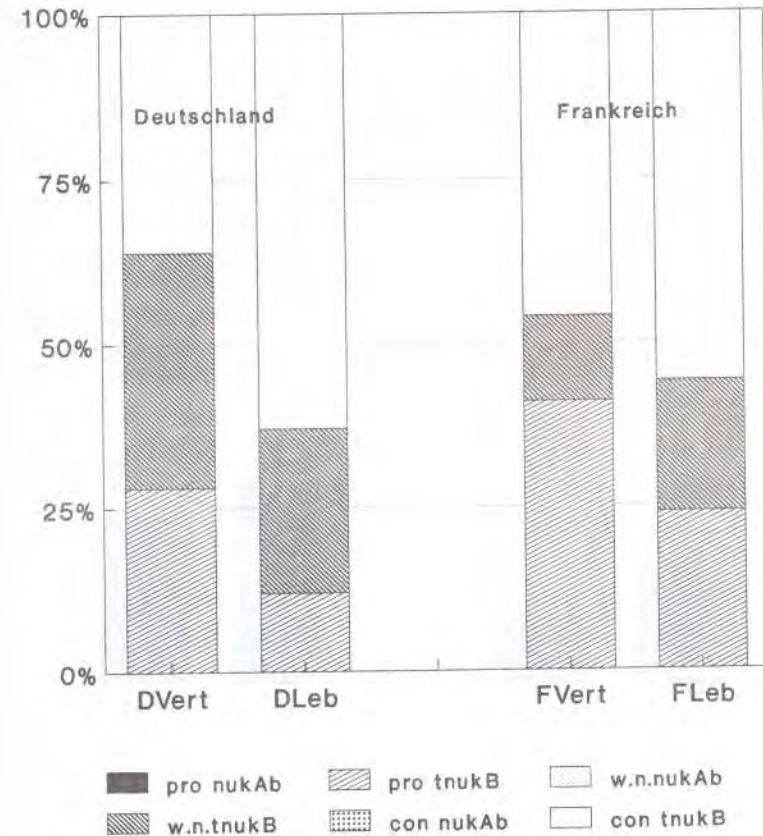
Strat.Nukleare Abschreckung Paradigmenvergleich:Frankr.-Deutschl.



Zu Tabelle 8: Paradigmen-Präferenzen und Position der Bundesbürger (D) und Franzosen (F) zur nuklearen Absicherungsstrategie (A) und zur taktischen nuklearen Bewaffnung (B)

Graphische Darstellung (Frage B)

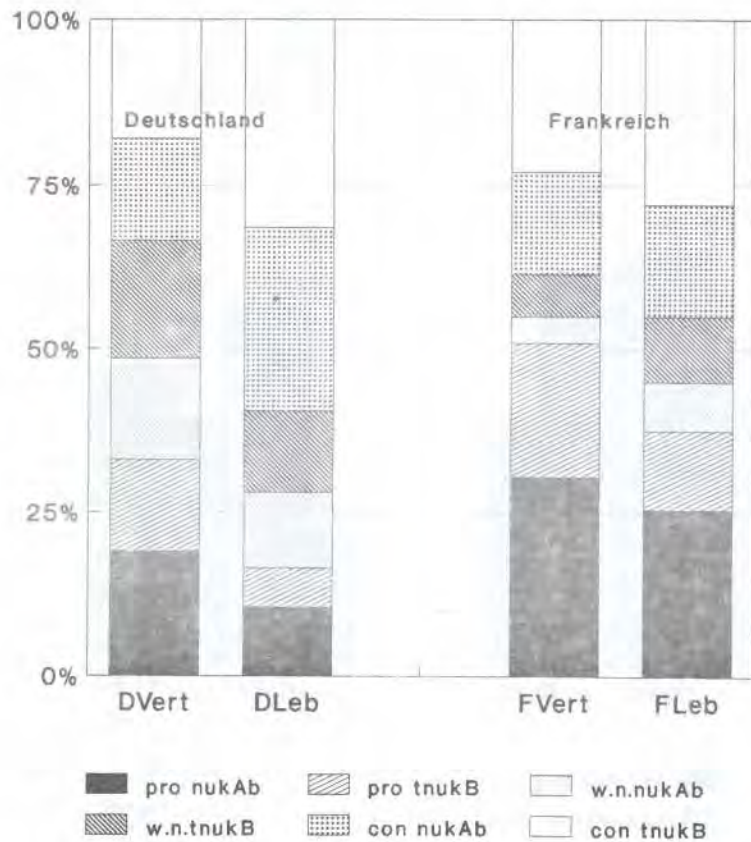
Takt.nukleare Bewaffnung Paradigmenvergleich:Frankr.-Deutschl.



Zu Tabelle 8: Paradigmen-Präferenzen und Position der Bundesbürger (D) und Franzosen (F) zur nuklearen Absicherungsstrategie (A) und zur taktischen nuklearen Bewaffnung (B)

Graphische Darstellung (Kombination der Fragen A und B)

Abschreckungsstrategien Paradigmenvergleich:Frankr.-Deutshl.



Untersucht man die Reaktionen der Befragten auf beide Fragen durch Betrachtung der Antwortkonfigurationen im Zusammenhang (siehe Tabelle 9), so ist im Sinne der Präzisierung der oben berichteten Ergebnisse ferner festzustellen:

- klar dominant bei den Bundesdeutschen ist mit 41 % die Ablehnung sowohl der nuklearen Abschreckung allgemein als auch der taktischen Nuklearwaffen. Die Skepsis bzw. Ablehnung gegenüber einem Einsatz der letztgenannten Waffen ist jedoch noch erheblich stärker als die Ablehnung der Nuklearstrategie ohne nähere Spezifikation (vgl. Konfigurationen 4 und 5: Zustimmung zur generellen nuklearen Abschreckung, aber Ablehnung oder Skepsis bei taktischen Nuklearwaffen);
- auf eine besondere Skepsis der Franzosen gegenüber taktischen Nuklearwaffen verweist die mit insgesamt 26 % erhebliche Quote derer, die zwar die generelle Nuklearstrategie akzeptieren, aber die nuklearen Gefechtsfeldwaffen ablehnen (21 %) bzw. dazu keine klare Position beziehen (5 %).

Tabelle 9: Konfigurationen der Positionen der Bundesbürger (D) und Franzosen (F) zur nuklearen Abschreckungsstrategie und zur taktischen nuklearen Bewaffnung (Fragetext und Erläuterungen von Abkürzungen finden sich in Tabelle 8)

VOLLSTÄNDIGE AKZEPTANZMUSTER, gebildet aus den Antworten auf die beiden oben genannten Fragen

- 1 : JA
- 2 : NEIN
- 3 : WEISS NICHT

			Dominante Muster:	
	D	F	D	F
1) - 1 1	14 %	32 %	14 %	32 %
2) - 2 2	41 %	27 %	41 %	27 % *
3) - 3 3	22 %	9 %	22 %	9 %
4) - 1 2	8 %	21 %	8 %	21 %
5) - 1 3	5 %	5 %	5 %	5 %
6) - 2 1	1 %	3 %	—	—
7) - 2 3	3 %	1 %	—	—
8) - 3 1	1 %	1 %	—	—
9) - 3 2	5 %	1 %	—	—
Summe	100 %	100 %	90 %	94 %

* Lesebeispiel: Sowohl gegen eine nukleare Abschreckungsstrategie als auch gegen taktische nukleare Bewaffnung sind 41 % der befragten Bundesbürger, aber nur 27 % der Franzosen.

4.3.2. Paradigmenpräferenz und Akzeptanz nuklearer Abschreckung

Die hypothetische Begründung des Zusammenhangs zwischen den Paradigmen und der Akzeptanz von Verteidigung allgemein, speziell aber von Verteidigung unter der Implikation eines nuklearen Risikos wurde bereits oben vorgenommen. Da ferner die Ergebnisse die Erwartungen jeweils bestätigt haben, genügt hier der Verweis darauf, daß für beide Aspekte der Nuklearstrategie bei Lebensweiseorientierung eine wesentlich geringere Akzeptanz und eine erheblich höhere Ablehnung erwartet wurde als unter Verteilungsorientierung. Daher müßten also die Ergebnisstrukturen übereinstimmen mit denen, die sich bei den Fragen zur Akzeptanz von Verteidigung unter Implikation des nuklearen Risikos ergeben haben.

Wie Tabelle 8 zeigt, entsprechen die Ergebnisse den Erwartungen:

- Der Anteil der Befragten, die die Strategie der nuklearen Abschreckung wie auch den Einsatz taktischer Nuklearwaffen akzeptieren, ist zwar generell in der Bundesrepublik wesentlich geringer als in Frankreich, es gilt aber in allen Fällen, daß die Akzeptanzquote Lebensweiseorientierter erheblich geringer ist als die Verteilungsorientierter;³⁾
- bezüglich der Position gegen nukleare Abschreckung stimmt das Ergebnis der Befragung der Deutschen eindeutig mit den Hypothesen überein: 56 % der Lebensweiseorientierten, aber nur 31 % der

Verteilungsorientierten sind dagegen. Bei den Franzosen ergibt sich in Abhängigkeit von den Paradigmenpräferenzen keine unterschiedliche Ablehnungsquote: jeweils etwa ein Drittel der Befragten sprechen sich dagegen aus;

- im Hinblick auf die Frage taktischer nuklearer Bewaffnung stimmen dagegen sowohl die Ergebnisse der Befragung der Deutschen wie auch die der Franzosen mit der Erwartung überein: die Ablehnung ist deutlich stärker bei Lebensweise- als bei Verteilungsorientierten. (D : L = 63 %; V = 36 % / F : L = 56 %; V = 46 %);
- die Quoten der Meinungsunsicherheit in Abhängigkeit von der Paradigmenpräferenz sind bei beiden Fragen zur nuklearen Verteidigung in der deutschen und der französischen Stichprobe tendenziell gegenläufig. Während bei den Deutschen die Quoten bei Lebensweiseorientierten relativ am niedrigsten sind, treten bei den Franzosen im Zusammenhang mit Verteilungsorientierung die geringsten Quoten von Meinungsunsicherheit auf.

5. Sicherheitspolitische Orientierungen - eher gesellschaftlich spezifisch oder eher abhängig von paradigmatischen politischen Orientierungen?

Die Ausgangsthesen der Untersuchung besagten, daß sich erstens in den hochindustrialisierten Gesellschaften, wie sie die Bundesrepublik und Frankreich repräsentieren, ein politischer Paradigmenwechsel vollziehe. Zum traditionellen politischen Paradigma, geprägt durch sozial-marktwirtschaftliche Positionen und Überlegungen sowie durch die Betonung von ökonomischer Leistungsfähigkeit und von Werten wie Ordnung, Autorität, Leistung, trete ein neues Paradigma quasi in Konkurrenz. Dieses sei charakterisiert durch sozial-ökologische Positionen und Perspektiven, durch die Ablehnung von ökonomischem Wachstum um jeden Preis (insbesondere dem der Aufgabe ökologischer Sicherheit) sowie durch die Betonung von "postmateriellen" Werten wie Emanzipation, Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung.

Diese politischen Paradigmen seien, so die zweite Ausgangsthese, relativ eng verbunden mit jeweils spezifischen Auffassungen über militärische Sicherheit und Sicherheitspolitik.

Mit dem traditionellen Paradigma korrespondiere eine im Vergleich zum neuen Paradigma zum Teil qualitativ andere und quantitativ

stärker ausgeprägte Akzeptanz von Streitkräften, Verteidigung und Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln.

Unsere Untersuchungen haben im Bezug auf die erste These gezeigt, daß beide Paradigmen in beiden Gesellschaften relevant sind: sie repräsentieren für erhebliche Teile der erwachsenen Bevölkerung den Hintergrund für Interpretationen der sozialen und politischen Umwelt und für Orientierung gegenüber dieser.

Die Präferenz für die beiden Paradigmen ist in beiden Gesellschaften unterschiedlich ausgeprägt. Während in Frankreich die Quote der Verteilungs- und der Lebensweiseorientierung etwa gleich groß ist und der weitaus größte Teil der Bevölkerung keines der beiden Paradigmen präferiert, sondern die Kombination der positiven Aspekte beider Paradigmen anstrebt, überwiegt in der Stichprobe der Bundesrepublik die Lebensweiseorientierung erheblich die Verteilungsorientierung. Aber auch hier ist der größte Teil der Bevölkerung transitorisch orientiert, präferiert beide Paradigmen gleichermaßen. Mit aller Behutsamkeit, die gegenüber Umfrageergebnissen allgemein und interkulturellen Vergleichen speziell angebracht ist, sprechen die Ergebnisse dafür, daß der behauptete Paradigmenwechsel sich in der Bundesrepublik bereits stärker vollzogen hat als in Frankreich. Das mag unter anderem damit zusammenhängen, daß die Problematik der Ökologie in der Bundesrepublik im Vergleich zu Frankreich erheblich früher und heftiger öffentlich

diskutiert wurde und daß die Partei der GRÜNEN relativ früh die Ökologie als zentrales Thema formulierte und propagierte. Zahlreiche Umweltskandale und -katastrophen wie Waldsterben und Saurer Regen, die Diskussion um Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen, vor allem aber die Katastrophe von Tschernobyl, haben die ökologische Perspektive in der Bundesrepublik inzwischen so verstärkt, daß Ökologie in den neuesten Umfragen als das wichtigste Thema aus der Sicht der Bundesbürger ausgewiesen wurde und daß alle politischen Parteien sich nunmehr ökologisch orientiert präsentieren.

Ferner mag zur zeitverschobenen öffentlichen Diskussion und Rezeption des ökologischen Themas in Frankreich auch die offizielle politische Position zur zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie beigetragen haben.

Was nun den Zusammenhang zwischen den beiden Paradigmen und sicherheitspolitischen Orientierungen betrifft, bestätigen die Daten der deutschen wie der französischen Untersuchung die theoretischen Erwartungen insofern, als die **Struktur** des Zusammenhangs gleich ist: die Präferenz für das Verteilungsparadigma ist in der Bundesrepublik und in Frankreich mit höherer Akzeptanz von Verteidigung verbunden als die Präferenz für das Paradigma der Lebensweise. Die Zusammenhänge sind allerdings in der Bundesrepublik dichter als in Frankreich (d.h. die sicherheitspolitischen Orientierungen von

Befragten mit unterschiedlichen Paradigmenpräferenzen differieren in der deutschen Stichprobe meist stärker als in der französischen). Dies gilt insbesondere für die Akzeptanz bzw. Ablehnung von Verteidigung unter Einschluß des Risikos der Anwendung von Nuklearwaffen und für die Strategie der nuklearen Abschreckung.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß in der Bundesrepublik wie auch in Frankreich die Lebensweiseorientierung mit einer erheblich kritischeren Haltung gegenüber militärischer Verteidigung, vor allem im Hinblick auf das nukleare Risiko, verbunden ist. Die Untersuchung konnte also die These bestätigen, daß sicherheitspolitische Orientierungen - zumindest in der Bundesrepublik und in Frankreich⁴⁾ - mit allgemeinen politischen Paradigmen verbunden sind. Da die Ergebnisse ferner mit der These des Paradigmenwechsels vom traditionellen hin zum sozial-ökologischen Paradigma zumindest vereinbar sind, ist die weitergehende Annahme plausibel, daß sich die sogenannte Akzeptanzkrise quasi als Folge der Weiterentwicklung der Industriegesellschaften längerfristig in allen Gesellschaften mit vergleichbarem Entwicklungsstand und vergleichbaren demokratisch-politischen Strukturen ergibt. Trifft dies zu, so ist damit zu rechnen, daß sich in Frankreich das Niveau der Akzeptanz von Verteidigung, insbesondere im Hinblick auf die Implikation des nuklearen Risikos, ähnlich wie in der Bundesrepublik entwickeln könnte.

Im eher praktisch-politischen Sinne besteht der zentrale Unterschied zwischen den bundesdeutschen und französischen Ergebnissen darin, daß derzeit das Akzeptanzniveau für Verteidigung in Frankreich generell erheblich höher ist als in der Bundesrepublik. Besonders deutlich zeigt sich dies z.B. darin, daß die Franzosen mehrheitlich die Strategie der nuklearen Abschreckung befürworten - und zwar, wenn auch mit deutlich verschiedenen Akzeptanzquoten, sowohl Verteilungs- als auch Lebensweiseorientierte. Als einzige Verteidigungsoption, der seitens der Franzosen nicht mehrheitlich zugestimmt wurde, erwies sich der Einsatz taktischer nuklearer Bewaffnung.

Demgegenüber sind die befragten Bundesdeutschen, was die Akzeptanz von Verteidigung betrifft, generell sehr zurückhaltend: eine Mehrheit spricht sich nur dann dafür aus, wenn die möglichen Risiken des Einsatzes von Nuklearwaffen nicht thematisiert werden.

Über die Gründe dieser drastischen Unterschiede in der durchschnittlichen Quote der Akzeptanz von Verteidigung an dieser Stelle nachzudenken wäre reizvoll, war aber nicht das Anliegen unserer Untersuchung. Was die Besonderheiten der politischen Kultur in Frankreich angeht, fehlte uns dazu auch die Kompetenz zur vergleichenden Beurteilung.

Obersicht 1: Französische Positionen zur Sicherheitspolitik
Eine Übersicht, die von Andrée Michel zusammengestellt wurde

L'information sur la défense dans les mass medias et la démocratie en France.
 Frau Prof. Michel ist Professorin für Soziologie am Institut de Recherches sur les Sociétés Contemporaines (CNRS)

- "Si vis pacem para bellum": Der Frieden ist nur zu sichern, wenn für den Krieg gerüstet ist; jeder Konflikt muß nötigenfalls durch Gewalt zu lösen sein.
- Die nukleare Abschreckung ist das beste Mittel zur Friedenssicherung; wenn Frankreich 40 Jahre im Frieden lebte, so dank der Nuklearwaffen.
- Da Frankreich und Europa durch die sowjetische Invasion bedroht sind und die russische Regierung über konventionelle Waffen sowie Strategien verfügt, welche denjenigen der USA oder NATO überlegen sind, muß der Rüstungswettlauf auch im nuklearen Bereich fortgesetzt werden.
- Die Entwicklung von Waffensystemen kommt auch dem wissenschaftlichen Fortschritt in anderen Bereichen, wie z.B. der Industrie oder Medizin etc., zugute.
- Die Entwicklung von Waffensystemen ist auch gesellschaftspolitisch zu begründen, da das Militär Arbeitsplätze schafft; würde man einer Verringerung der Rüstung zustimmen, nähme man gleichzeitig ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Kauf.
- Frankreichs Anspruch und seine Anerkennung als Großmacht lassen sich nur durchsetzen, wenn es gleichzeitig eine starke Militär- und Nuklearmacht darstellt.
- Der Waffenhandel gleicht die Handelsbilanz aus; durch Waffenexporte ist auch die politische Präsenz Frankreichs gewährleistet.
- Die Modernisierung im nuklearen Bereich (U-Boote, Raketenerneuerung, Atomflugzeugträger etc.) ist für unsere "Sicherheit" und Frankreichs "Verteidigung" genauso unverzichtbar wie Frankreichs militärische Präsenz in Polynesien und die Fortführung der Atomversuche auf Mururoa.
- Der Betrieb von Kernkraftwerken zur Urangewinnung für militärische Zwecke stellt keinerlei Gefahr für die Zivilbevölkerung dar.
- "Verteidigung" und "Sicherheit" Frankreichs sind etwas zu Schwerwiegendes, als sie dem Volk zu überlassen. Ausschließlich Führungskräfte der höchsten Ebene (Politik, Wirtschaft, Militär etc.) sind kompetent genug, Mittel und Wege zu definieren.
- Schließlich geht es um die Verteidigung der Demokratie, der Grundfreiheiten und der Menschenrechte, wenn Frankreich eine immer perfektioniertere und auf nuklearer Abschreckung beruhende Verteidigung braucht.

Andrée Michel, eine Professorin für Soziologie am Institut de Recherches sur les Sociétés Contemporaines (CNRS), hat aus offiziellen Ausführungen zur Verteidigung und Friedenssicherung in den französischen Medien eine Beschreibung der französischen Position in der Sicherheitspolitik erstellt.⁵⁾ Diese Beschreibung ist in der Übersicht 1 in deutscher Übersetzung wiedergegeben; sie soll hier dazu dienen, Differenzen in der sicherheitspolitischen Diskussion in Frankreich und in der Bundesrepublik für ein deutsches Publikum zu verdeutlichen.

Aus deutscher Sicht ist inzwischen - d.h. nach dem sicherheitspolitischen Diskurs von 1983 - besonders der vorletzte (polemisch formulierte) Punkt auffällig: Sicherheitspolitik sei in Frankreich ausschließlich eine Angelegenheit für Experten. Damit stellt sich die Frage nach der Zentralität von Sicherheitspolitik im Bewußtsein der französischen Bevölkerung bzw. danach, ob es zu solchen Fragen in Frankreich eine autonome Öffentlichkeit gibt, die nicht vom politischen System zu Zwecken der Legitimationsbeschaffung erzeugt und ausgehalten wird (vgl. dazu Habermas 1985, S. 422 sowie Merleau-Ponty 1984, S. 126 ff.). Die Daten aus der französischen Umfrage weisen in ihrer Struktur darauf hin, daß sicherheitspolitische Fragen in Frankreich eher außerhalb der Reichweite des Alltags angesiedelt sind. Sie gleichen in dieser Hinsicht mehr den Daten in der Bundesrepublik in den 70er Jahren. Das Aufstellen einer Deutsch-Französischen Brigade war insofern eine nicht

risikofreie Unternehmung, als Frankreich damit auch an objektive Problemlagen angekoppelt wird, die in der Bundesrepublik zu einem Delegitimierungsprozeß für das Militär geführt haben.

6. Anmerkungen

- 1) Dieser Paradigmenbegriff weicht deutlich von dem durch Thomas Kuhn geprägten ab (vgl. dazu Kohr und Räder 1986).
- 2) Seit 1981 hat sich der Anteil der Verteilungsorientierung erheblich reduziert, und zwar in erster Linie zugunsten des Anteils transitorischer Orientierung. Ebenfalls angewachsen ist der Anteil der Lebensweiseorientierung, jedoch nicht im Ausmaß der Abnahme von Verteilungsorientierung.
- 3) Nukleare Abschreckung - Bundesrepublik: L = 21 %; V = 38 % / Frankreich: L = 51 %; V = 61 %.
Taktische Nuklearwaffen - Bundesrepublik: L = 12 %; V = 28 % / Frankreich: L = 24 %; V = 41 %.
- 4) Die ersten Ergebnisse einer Vergleichsuntersuchung, die wir z.Z. mit Marina Nuciari und Guido Sertorio (Universität Turin) durchführen, verweisen darauf, daß die Zusammenhänge zwischen den Paradigmen und sicherheitspolitischen Orientierungen in Italien denen der Bundesrepublik entsprechen.
- 5) Wir zitieren diese Aussagen hier ohne weiteren Kommentar in der deutschen Übersetzung und verstehen sie als Diskussionsanregung.

7. Literatur

- Habermas, Jürgen:** Der philosophische Diskurs der Moderne. Frankfurt: Suhrkamp 1985.
- Kohr, Heinz-Ulrich und Hans-Georg Räder:** Politische Paradigmen als handlungsleitende Konzepte. Arbeitskreis Politische Urteilsstrukturen und politisches Handeln, 35. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Heidelberg 1986 (Manuskriptdruck).
- Kohr, Heinz-Ulrich und Hans-Georg Räder:** Die Tabelle lebt. Meinungsforschung auf der Suche - Werte und Jugend. In: Wertewandel, Beiheft 3/1989 zur Information für die Truppe, herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung.
- Merleau-Ponty, Maurice:** Das Auge und der Geist. Hamburg: Meiner 1984.
- Michel, Andrée:** L'information sur la défense dans les mass medias et la démocratie en France. Colloque International "Opinion Publiques, Communication, Forces Armées" Sorèze/F., Juli 1989 (Manuskriptdruck).
- Raschke, Joachim:** Politischer Paradigmenwechsel in den westlichen Demokratien. In: Ellwein, T. (Hrsg.) Politikfeldanalysen 1979, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1980 a.
- Raschke, Joachim:** Politik und Wertewandel in den westlichen Demokratien. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/80, 1980 b, S. 23 - 45.